

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Nifringhaus, Berlin.
Zensurpreiser: Amt Dinkhoff 4196/4198



Abdruck für Verlag und Verbreitung:
Berlin O 23 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckmeister: Seebach

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung solcher Teile 4 Wochen
vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Dringender für beide Teile in Berlin.

Berlin, den 22. Oktober 1931.

Harzburger in Amerika.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Thyssen propagiert eine neue Inflation.

SPD. Die vereinigten Staaten von Nordamerika haben gegenwärtig wieder einmal eine Anzahl deutscher Gross- und Schwerindustrieller zu Gast, die nach festlich-köstlichen Dinners und Soupers Gelegenheit nehmen, ihre Ansichten über die Situation in Deutschland zu verzapfen. Das geschieht in sehr einseitiger Weise. Schaden anrichten kann das weiter nicht. Die Amerikaner, vor denen die deutschen Gross- und Schwerindustriellen ihr Sprüchlein hersagen, kennen die Situation in Deutschland zum mindesten besser als Fritz Thyssen, der anscheinend der Wortführer der Industriellendelegation aus Deutschland ist. Wir sind immer gegen die Erschwerung der Ausreise nach dem Ausland gewesen, zu der die Reichsregierung während der Bankpanik im Sommer dieses Jahres griff. Aber in diesem Falle bedauern wir, dass in Deutschland kein Verbot für die Ausreise von Schwer- und Grossindustriellen nach Nordamerika besteht. Denn was sich die schwerindustriellen Gäste aus Deutschland in den Vereinigten Staaten von Nordamerika an nationaler Würdelosigkeit leisten, das sucht schon seines gleichen.

Da ist zunächst Herr von Siemens, der sich für einen neuen Lohnabbau einsetzt. Siemens wird die amerikanische Finanz an allerlei Dinge erinnern haben, so daran, dass sich der Siemenskonzern in der Einschätzung der Elektrokonjunktur der letzten Jahre ziemlich verkalkuliert hat, dass er im Vertrauen auf die Dauer dieser Konjunktur hemmungslos investierte und in der Errichtung von Grossbauten weitherziger war, als das der Geldsäckel des Siemenskonzerns gestattete. Wenn Herr von Siemens nicht Gast in Amerika wäre, sondern bei den Bankgewaltigen New Yorks um Betriebskredit vorspräche, so würde man ihm sicherlich eindeutig erklären, dass es an ihm und an seinen Grossaktionären liege, den in den Dreck gefahrenen Karren erst wieder flott zu machen, und dass das nach amerikanischen Begriffen durch Lohnabbau einmal nicht geht.

Mit dem Lohnabbauapostel von Siemens reist Fritz Thyssen. Auch er legt natürlich seine Ansichten über die deutschen Verhältnisse dar. Was er zu sagen weiss, ist danach. Nach Thyssen sind die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften aller Richtungen an der Krise in Deutschland schuld. Das wird für die amerikanischen Grossindustriellen, die sich mehr mit den Problemen der Weltwirtschaftskrise beschäftigen, als ihre deutschen Kollegen das leider tun, sicherlich eine Offenbarung gewesen sein. Nach dieser Richtung hat man die Krisenprobleme in Amerika wahrscheinlich noch nicht untersucht und da es in Amerika keine einflussreiche Sozialdemokratie gibt, müsste es nach den Erkenntnissen von Fritz Thyssen eigentlich in Amerika keine Krise geben. Aber Fritz Thyssen weiss noch mehr zu erzählen. Nach ihm ist die Reichsmark zu hoch stabilisiert. Deutschland müsse den gegenwärtigen Markkus aufgeben. Mit anderen Worten: Deutschland muss neue Inflation machen.

Man könnte Fritz Thyssen, Genusscheinbesitzer und Grossaktionär bei den Vereinigten Stahlwerken und Sohn eines Grossindustriellen, der für die Ent-

wicklung der deutschen Industrie einiges geleistet hat, damit abtun, dass jeder sich schliesslich so gut blamiert, wie er kann. Frith Thyssen ist aber auch einer der Hauptführer der Harzburger. Man weiss, dass Thyssen nicht nur die österreichische Heimwehr finanziert, sondern auch den Stahlhelm und die Hakenkreuzler in Deutschland. Das geht so weit, dass man das Wort geprägt hat, Fritz Thyssen habe mehr Geld im Stahlhelm als im Stahlverein. Die Rechtsradikalen in Deutschland haben nun nach der Harzburger Tagung energisch bestritten dass sie mit einer neuen Inflation in Deutschland liebäugeln. Die Dementis wurden nicht zuletzt mit Rücksicht auf das Ausland fabriziert und setzten in einen Augenblick ein als sich die ausländischen Finanziers durch ihre Agenten recht gründlich in Berlin danach erkundigten, was die Harzburger Tagung eigentlich zu bedeuten habe. Die Harzburger hielten es dann für opportun, strickt zu leugnen. Fritz Thyssen hat nun in Amerika die Katze aus dem Sack gelassen und gezeigt, was man von diesen Dementis zu halten hat. Für die amerikanische Finanz die grosse Kredite in Deutschland stehen hat, die fürs erste nicht zurückgezogen werden können, und die selbst ihren Dollar vor der Inflationspest unter grossen Opfern und unter Aufbietung aller Kräfte verteidigt, muss die Redseligkeit Fritz Thyssens sehr lehrreich gewesen sein.

Jeder hat schliesslich das Recht, seine Ansicht über die Währung seines Landes darzulegen. Wie er das tut, das ist eine Sache des Fingerspitzengeföhls eine Angelegenheit nationalen Selbstbewusstseins und nationaler Würde. In England gibt es einen Gelehrten, den Professor Keynes, der seit längerer Zeit in Wort und Schrift für die Abwertung des englischen Pfundes, für eine mässige und dosierte Inflation in England eingetreten ist. Keynes ist ein Gelehrter, dem vielleicht die englische Inflation mehr Schaden als Nutzen bringt, der aber seine Auffassung über die Probleme freimütig darlegt. Das kann man verstehen. Mit Fritz Thyssen hat aber ein Grossaktionär der Vereinigten Stahlwerke gesprochen, über die gerade in den letzten Tagen wieder das Gerücht kursiert, dass der finanzielle Zusammenbruch dicht vor der Türe stehe. Mit Fritz Thyssen hat ein Grossaktionär gesprochen, der sich bisher mit aller Energie dagegen gewehrt hat, den notwendigen Kapitalschnitt bei den Vereinigten Stahlwerken vorzunehmen. Wenn es eine neue Inflation in Deutschland gibt, dann geht das zu Lasten der kleinen Sparer in Deutschland, zu Lasten der Löhne und Gehälter, aber auch zu Lasten der ausländischen Geldgeber. Und die Vereinigten Stahlwerke haben sehr viel ausländisches Geld aufgenommen. Darunter befinden sich auch sehr grosse Kredite aus Nordamerika.

Unter den wenigen, die an einer neuen Inflation in Deutschland verdienen würden, befindet sich Fritz Thyssen. Sicherlich werden die Nordamerikaner an diese Zusammenhänge gedacht haben, als sie Fritz Thyssen sprechen hörten. Sie werden sich ihr Bild von Fritz Thyssen und der deutschen Schwerindustrie gemacht haben. Vor ihnen standen Männer, die nicht nur ihre Arbeiter um den gerechten Lohn betrügen, sondern die auch die ausländischen Kreditgeber um ihr gutes Geld bringen wollen.

SPD. Königsberg, 22. Oktober (Eig. Dr.)

In Friedland wurde der 19jährige Reichsbannermann Alfred Link aus Königsberg von Nationalsozialisten erschlagen. Ein zweiter Reichsbannermann wurde schwer verletzt. Das Verbrechen war vorbereitet.

Als das Reichsbanner in Friedland einen Umzug veranstaltete, wurde aus den Reihen der Zuschauer gerufen: "Wartet, heute Abend gibt es eine Abrechnung". Mit Latten und Knüppeln wurden dann am Abend mehrere Reichsbannerleute überfallen. Einer wurde ermordet.

SPD. Hannover, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die hiesige politische Polizei hat am Donnerstag vormittag, unterstützt durch ein starkes Aufgebot von Schutzpolizei, in sämtlichen Büros der hiesigen Orts- und Gauleitung sowie des sogenannten Gruppenkommandos Nord der Nazis Haussuchungen gehalten und zahlreiche Akten und Papiere beschlagnahmt. Die Aktion der Polizei erregte grösstes Aufsehen in der Öffentlichkeit. Besonders in der Georgstrasse, der Hauptstrasse Hannovers, hatten sich Hunderte von Menschen eingefunden, die diese Aktion der Polizei mit nicht misszuverstehenden Worten und Ausdrücken begrüssten.

SPD. Die Reichsregierung hat dem neuernannten Wirtschaftsbeirat durch die Uebernahme des Vorsitzes durch den Reichspräsidenten eine besondere Autorität verliehen. Umso peinlicher wirkt seine in jeder Beziehung einseitige Zusammensetzung, die die stärksten Zweifel auslöst, ob er die ihm gestellte Aufgabe, nämlich die Lösung lebenswichtiger Fragen der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik zufriedenstellend erfüllen kann.

Prüft man die Zusammensetzung des Ausschusses unter dem Gesichtspunkt der sozialen Berufsstellung, so gelangt man zu der Feststellung, dass die in der Reichsverfassung festgelegte Parität zwischen Unternehmern und Arbeitern völlig missachtet worden ist. Sechs Vertretern von Arbeitern und Angestellten stehen nicht weniger als 19 Vertreter der Unternehmer gegenüber, die überwiegend der Grossindustrie und Grosslandwirtschaft angehören. Ursprünglich ist eine wesentlich andere Zusammensetzung geplant gewesen, durch die das Missverhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern weniger schroff in die Erscheinung getreten wäre. Nachträglich aber hat man immer mehr Unternehmervvertreter berufen, ohne daran zu denken, dass man auch die Zahl der Arbeitervertreter entsprechend erhöhen müsse.

Würde die Aufgabe des Wirtschaftsbeirates lediglich in einer allgemeinen Aussprache bestehen, so könnte man die einseitige Zusammensetzung als einen Schönheitsfehler betrachten, der zwar einen hässlichen Eindruck macht, aber praktisch keine grosse Bedeutung besitzt. Die Reichsregierung hat aber mehrfach erklärt, dass der Wirtschaftsbeirat berufen sei, die Unterlage für praktische Entscheidungen zu liefern. Sie will auch die Arbeit in einzelne Kommissionen aufteilen. Deshalb wird die Wirkung der zahlenmässigen Unterlegenheit der Arbeitnehmervvertreter sich auch in einer tatsächlichen Beschränkung der ihrer Arbeit gezogenen Möglichkeiten äussern.

Diese Einwände halten wir für umso erheblicher, als die Reichsregierung bei der Zusammensetzung des Beirats vollkommen darauf verzichtet hat, unabhängige Sachverständige zur Mitarbeit heranzuziehen. Keiner der Gelehrten, die Deutschland in so grosser Zahl besitzt, und die durch ihre freimütige Kritik an den Fehlern der deutschen Wirtschaftsführung und durch ihre gründliche Kenntnis aller weltwirtschaftlichen Probleme für die Lösung der gestellten Aufgaben besondere Eignung mitbringen, ist für würdig befunden worden, an der schwierigsten Aufgabe mitzuwirken, die jemals einem Volke gestellt war. Es kann nicht angenommen werden, dass das ein Zufall ist und ohne Absicht geschehen sein soll. Man muss vielmehr annehmen, dass die grossen Herren der Industrie ihre Mitarbeit nur unter der Voraussetzung zugestanden haben, dass sie unter dem Schutze der Autorität der Reichsregierung und des Reichspräsidenten allein mit den Arbeitervertretern verhandeln dürfen.

Dass diese Mängel in der Zusammensetzung des Beirats die Autorität seiner Arbeit von vornherein beeinträchtigen werden, scheint uns darnach so gut wie sicher zu sein. Es kommt noch hinzu, dass ihm neben einer Reihe von Herren, die bisher einer weiteren Öffentlichkeit so gut wie unbekannt waren, auch solche Vertreter der Grossindustrie und der Grosslandwirtschaft angehören, deren wirtschaftspolitische Haltung in besonders starkem Masse der öffentlichen Kri-

tik, ausgesetzt war. Das deutsche Volk hat nun einmal in seiner Allgemeinheit kein grosses Verständnis dafür, wenn dem Staat zugemutet wird, sich nicht um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmerschichten zu kümmern, wenn dieselben Leute aber, die sich über "kalte Sozialisierung" beschwerten, wenn es ihren Unternehmungen schlecht geht, direkt und indirekt den Fiskus im stärksten Masse mit Bürgergeldern für sich zahlen lassen.

Die "Kölnische Zeitung" bringt Mitteilungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise des Wirtschaftsbeirats, die geeignet sind, das allergrösste Aufsehen zu erregen. Jedem Mitglied des Beirats soll strengste Verschwiegenheit zur Pflicht gemacht werden. Man wünscht also, ein Geheimgremium völlig unkontrollierbarer Art, obwohl es sich um Entscheidungen handelt, die das Lebensinteresse des ganzen Volkes berühren. Warum diese Pflicht zur Verschwiegenheit beabsichtigt ist, geht aus folgendem hervor:

"Die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats werden ihren Höhepunkt in den Tagen erreichen, an denen über zahlreiche Tarifverträge und damit über die Arbeitsbedingungen mehrerer Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten die Entscheidung fällt. Herrscht im Wirtschaftsbeirat auf allen Seiten ernster Verständigungswille, so werden die erzielten Ergebnisse sofort in praktische Tarifverträge eingebaut werden können. Fehlt es aber an dieser ersten Verständigungsbereitschaft, so werden sich aus den Beratungen des Beirats Schwierigkeiten für die Tarifverhandlungen und umgekehrt aus den Gegensätzen und in den Tarifverhandlungen Hindernisse für eine Einigung im Beirat ergeben."

Diese Darlegung der Aufgaben des Wirtschaftsbeirats enthält ganz andere Absichten als man nach den Angaben des Reichskanzlers anzunehmen berechtigt war. Stellt die Äusserung der "Kölnischen Zeitung" aber auch nur die Absichten der Unternehmerseite dar, und noch nicht die der Regierung, so sind sie nicht minder gefährlich. Denn es ist ohne weiteres deutlich, dass die Unternehmer verhindern wollen, dass im Wirtschaftsbeirat über die Brechung der Kartellallmacht und Senkung der Preise geredet wird. Er soll nach unsrer Meinung nur als Instrument zur Aushöhlung des Tarifrechts und des weiteren Lohnabbaus dienen.

Nach weiteren Mitteilungen der "Kölnischen Zeitung" ist beabsichtigt, die Verhandlungen in ein bis anderthalb Wochen zu beenden. Andernfalls, so schliesst der Artikel drohend, "gerät das Kabinett Brüning in Zeitbedrängnis und muss entweder ohne ein Gutachten des Beirats handeln, oder aber bewusst Gefahr laufen, dass die schliesslich doch zustandekommenden Beschlüsse eine gefährliche Entwicklung nicht mehr aufhalten können."

Ein Hinweis, der für die einheitliche Front der Gewerkschaften von besonderer Bedeutung sein sollte.

SPD. Kiel, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die von den Nationalsozialisten und von den Rechten der ehemaligen Landvolkbewegung beeinflussten Bauern Schleswig-Holsteins sind dem seinerzeitigen Aufruf des Landvolks gefolgt und weigern sich in zunehmendem Masse, ihre Steuerpflicht zu erfüllen. Die Propagandisten dieses Steuerstreiks sprechen zwar nicht von einer bewusst durchgeführten Steuersabotage, aber die Wirkung ist dieselbe.

Das Finanzamt hat bisher vermieden, Zwangsversteigerungen wegen rückständiger Steuern vorzunehmen. Da aber die rechtsradikalen Bauern nicht nur die Abführung von Steuern verweigern, sondern auch die Beiträge zu den Berufsgenossenschaften und den übrigen landwirtschaftlichen Organisationen nicht mehr zahlen, sind verschiedentlich die Organisationen zu Pfändungen und Zwangsversteigerungen geschritten. Dabei ist es die Regel, dass jede solche Zwangsversteigerung

zung zu Tumulten führt. So ist beispielsweise die Versteigerung des Hofes des aus dem Bombenprozess bekannten Hansen-Breitenfelde, der in der Nähe von Itzehoe liegt, dadurch verhindert worden, dass die Nazibauern ihre Anhänger von Weither mobilisierten und mit zirka 1500 Personen vor das Versteigerungslokal marschierten. Der Versteigerungstermin war vom Landgericht in letzter Minute aufgehoben worden, worauf die Führer eine Demonstration inszenierten, gegen die seltsamerweise die Polizei nicht einschritt, trotzdem eine Genehmigung für sie nicht vorlag.

SPD. Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid schreibt uns:

"Ich habe in der Reichstags-sitzung vom 14. Oktober erwähnt, dass die Berg-industrie von jeder geförderten Tonne Kohle 50 Pfennige für politische Zwecke zur Verfügung stellt. Ich stützte mich bei dieser Angabe auf eine Information, die ich für umso zuverlässiger halten musste, als sie von einer Persönlichkeit in hoher amtlicher Stellung stammte. Dabei sei ausdrücklich bemerkt, dass diese Persönlichkeit der Sozialdemokratischen Partei nicht angehört.

Ich habe mich inzwischen überzeugt, dass die Information, soweit die Höhe der Abgabe in Betracht kommt, unzutreffend gewesen ist. Es steht jedoch fest, dass eine bestimmte Abgabe nach Massgabe der Anzahl geförderter Tonnen für politische Zwecke erhoben wird. Sie beträgt jedoch nicht 50 Pfennig pro Tonne, sondern ist niedriger. Es wäre wohl nicht unbillig zu verlangen, dass diejenigen, die sich durch meine im Reichstag gemachte Darlegung getroffen fühlen, sich nicht darauf beschränken würden, den von mir angegebenen Prozentsatz zu dementieren, sondern darüber hinaus erklären würden, welche Beträge zu Lasten der Verbraucher für einseitige politische Zwecke verwendet werden."

SPD. Genf, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundsrat hat am Donnerstag-Nachmittag in öffentlicher Sitzung das Ergebnis seiner langen internen Verhandlungen in Gestalt einer Formel verkündet, die für die Räumung der Mandschurei durch Japan eine Frist von drei Wochen setzt. Gleichzeitig sollen die Verhandlungen der Parteien beginnen. Der Schutz der japanischen Interessen soll von neutralen Beobachtern überwacht werden. Chinas und Japans Vertreter erbaten bis zum Eintreffen von Instruktionen eine Frist zur Stellungnahme.

Yoshizawa-Japan bestätigte zu Beginn der Sitzung den Verzicht seiner Regierung auf den Einspruch gegen die Zuziehung Amerikas. Darauf gab Briand eine Uebersicht über die seit der letzten öffentlichen Sitzung gepflogenen Verhandlungen. Der Konflikt sei in seinen Grenzen gehalten worden. Damit habe der Rat seine erste Pflicht aus Artikel 11 des Paktes erfüllt. Dies allein sei aber ungenügend. Die Lösung müsse folgen. Angesichts der entgegenstehenden Anschauungen der Parteien habe man doch schliesslich nach harter Geduldprobe eine Formel finden müssen, was oft die grösste Schwierigkeit im internationalen Leben sei. So habe der Rat endlich ohne die Parteien eine Formel gefunden, die den Parteien zur Äusserung zugegangen sei und gegebenenfalls nach deren Anregungen geändert werde.

Die Entschliessung, die Briand dann verlas, erinnerte zuerst beide Parteien an die von dem Rat am 30. September übernommenen Verpflichtungen der möglichst raschen Zurückziehung der japanischen Truppen sowie der wirksamen Garantie für Leben und Eigentum der Japaner durch China. Dann wird zur Herstellung normaler Beziehungen von den Parteien verlangt: Japan soll mit der Räumung sofort beginnen und die Zurückziehung seiner Truppen in die Eisenbahnzone fortschreitend so durchführen, dass sie vor der nächsten Ratssitzung beendet ist. China soll zum Schutze von Leben und Eigentum der Japaner alle Massnahmen tref

fen und den chinesischen Behörden, die diese Massnahme durchführen, Vertreter anderer Mächte begeben, damit diese die Ausführung der Massnahmen verfolgen können. Ferner werden beide Regierungen aufgefordert, sofort Vertreter zur Regelung der Einzelheiten für die Räumung und Uebernahme der geräumten Gebiete zu ernennen, damit diese Operationen sich regulär und ohne Verzögerung vollziehen können. Unmittelbar nach erfolgter Räumung sollen beide Regierungen die direkten Verhandlungen über alle schwebenden Fragen aufnehmen. Zu diesem Zweck hält der Rat die Bildung einer Verständigungskommission oder eines anderen dauernden Organismus der gleichen Art für wünschenswert. Endlich soll der Rat bis zum 16. November vertagt werden. Der Präsident wird jedoch das Recht erhalten ihn früher einzuberufen, wenn er es für notwendig hält.

Sze-China beschränkte sich auf die Bemerkung, dass die Entschliessung zwar hinter den berechtigten Wünschen Chinas zurückbleibe, sie aber genau geprüft werden müsse, da sie das Ergebnis schwieriger Arbeit gewesen sei.

Yoshizawa-Japan lehnte jede Festsetzung eines bestimmten Datums für die Räumung ab und behielt sich das Recht vor, erst nach dem Erhalt seiner Instruktionen zu der Entschliessung Stellung zu nehmen.

Briand vertagte darauf die Sitzung auf Freitag-Nachmittag fünf Uhr.

SPD. Die Wirtschaftspartei teilt mit:

"Die Verhandlungen der Wirtschaftspartei mit der nationalen Opposition und dem Reichskanzler sowie die Abstimmung im Reichstage haben selbstverständlich auch in den Mitgliederkreisen der Wirtschaftspartei zu einer Aussprache geführt. Diese gab nunmehr einem Teil der Presse Veranlassung, bestimmte Kombinationen über das Ergebnis dieser Aussprache aufzustellen und zu verbreiten. Meldungen über angebliche Auflösung von Ortsgruppen werden in tendenziöser Form veröffentlicht, um den Anschein zu erwecken, als sei die Organisation der Wirtschaftspartei in völliger Auflösung begriffen. Demgegenüber ist jedoch festzustellen, dass, soweit bisher die Wahlkreisorganisationen der Partei Stellung genommen haben, sie einmütig der Parteileitung und der Reichstagsfraktion ihr Vertrauen ausgesprochen und die Haltung der Fraktion im Reichstage ebenso einmütig gebilligt haben. Die Wahlkreise Westfalen Nord und Süd, Pommern, Berlin, Weser-Ems, Südhannover, Braunschweig haben bisher Wahlkreis Konferenzen abgehalten und einmütige Vertrauenserklärungen abgegeben. Ebenso verhält es sich mit den Meldungen über angebliche Austritte von Ortsgruppen. Weder sind die Ortsgruppen Wesel und Hamburg aus der Partei ausgeschieden, noch hat die letztere ihren Anschluss an eine andere Partei erklärt. Sie hat im Gegenteil ebenfalls eine Vertrauenserklärung für die Fraktion abgegeben. Die Ortsgruppe Wesel hat bisher überhaupt noch keine Stellung genommen. Es ist eine Unwahrheit, wenn behauptet wird, dass die Reichstagsfraktion ihre Haltung durch materielle Zusagen der Reichsregierung, insbesondere von der Zusage grösserer Kredite für mittelständische Kreditinstitutionen hat beeinflussen lassen."

Warum sagt die Wirtschaftspartei nicht wer diese Unwahrheiten verbreitet hat? Es ist die "nationale Opposition" der Hitler und Hugenberg!

SPD. New York, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)
Die "Isle de France" mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval und seinen Begleitern an Bord ist am Donnerstag morgen um 9½ Uhr mitteleuropäische Zeit in New York an der Quarantäne-Station eingetroffen. Um 13½ Uhr mitteleuropäischer Zeit wurde Laval von einem Komitee der Stadt New York unter Führung des Bankiers Wiggin abgeholt und mit der städtischen Jacht Macom unter dem Sirenengeheul der Schiffe und den Salutschüssen der Forts nach der Battery

dem historischen Landungsplatz der ersten Europäer, gebracht. Dort wurden der Ministerpräsident und seine Begleiter von Staatssekretär Stimson, dem französischen Botschafter in Washington und einem Vertreter des Bürgermeisters Walker begrüßt.

Eine ungeheure Menschenmenge hatte sich an dem Landungssteg angesammelt, die immer wieder Hochrufe auf Laval ausstieß. Während eine Militärkapelle die Marseillaise spielte, bestiegen die französischen Gäste und die amerikanischen Persönlichkeiten mehrere Autos, die unter dem Vorantritt berittener Polizei durch die von Menschenmengen vollgedrängten Strassen der Stadt nach dem Rathaus führen, wo Bürgermeister Walker, umgeben von den Senatsmitgliedern der Stadtverwaltung Laval und seine Begleiter empfing. Im Festsaal hielt Walker eine kurze Ansprache, auf die Laval erwiderte.

Der Ministerpräsident dankte für den glänzenden Empfang durch die Bevölkerung und die Stadtverwaltung und ging dann auf die Weltkrise ein. "Diese Krise - sagte er - legt den leitenden Staatsmännern neue Pflichten auf. Amerika hat mich eingeladen, weil es, wie ich annehme, der Meinung ist, dass in dem allgemeinen Wirrwarr Frankreich dank der Arbeit und Sparsamkeit seiner Bevölkerung gesund und im Gleichgewicht geblieben ist. Dieses Gleichgewicht schützt Frankreich vor der lächerlichen Anklage, eine Hegemonie in Europa ausüben zu wollen. Frankreich ist friedlich, aber seine Geschichte mahnt es zur Vorsicht. Ohne die Würde der anderen Völker in irgendeiner Weise verletzen zu wollen und ohne eine andere Forderung als die nach Frieden zu erheben, verkünden wir, dass uns vor allem daran gelegen ist, unsere Sicherheit zu gewährleisten. Die Völker und die Regierungen müssen verstehen, dass die Sicherheit nicht nur durch Formeln ausgedrückt wird, sondern dass sie organisiert werden muss. Wenn Amerika und Frankreich sich verständigen und sich zu einer immer engeren Zusammenarbeit vereinigen, kann man für die Welt eine bessere Zukunft erwarten."

Laval und seine Begleiter begaben sich nach dem Empfang im Rathaus zum Pennsylvania-Bahnhof, von wo aus sie in Begleitung des Staatssekretärs Stimson und des französischen Botschafters nach Washington fuhren. Zwei Stunden nach der Ankunft in Washington stattete Ministerpräsident Laval Präsident Hoover einen kurzen Besuch ab. Abends gab Hoover ein Essen zu Ehren der französischen Delegation.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Angesichts der sehr ernstesten Entwicklung der Staatsfinanzlage war auch auf dem Gebiete des Hochschulwesens eine sofortige Kürzung der Staatszuschüsse unvermeidlich. Der in der Öffentlichkeit seit Wochen erörterte Abbau von ganzen Universitäten oder Fakultäten hat sich nur durch eine sofortige Erhöhung der Einnahmen des Staates verhindern lassen. Die Preussische Unterrichtsverwaltung hat sich daher einer Erhöhung der Studiengebühren, durch die eine monatliche Mehrbelastung von etwa 3 RM für den einzelnen Studenten eintritt, zu ihrem lebhaften Bedauern nicht entziehen können. Auch die übrigen deutschen Hochschulländer sind genötigt, die Hochschulgebühren für das Wintersemester wesentlich zu erhöhen.

In der Öffentlichkeit ist darauf hingewiesen worden, dass durch eine solche Erhöhung der Gebühren die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs begabter Studierender eingeschränkt werde. Die Preussische Unterrichtsverwaltung hat sich bemüht, gerade in dieser Hinsicht Vorkehrungen zu treffen, die den Aufstieg begabter Studierender trotz aller durch die Gebührenerhöhung entstandenen Schwierigkeiten erleichtern. Minderbemittelten begabten Studenten wird im kommenden Wintersemester in stärkerem Umfange als bisher Befreiung von den Hochschulgebühren bewilligt werden können. Ausserdem ist eine Erläuterung dadurch geschaffen worden, dass die Gebühren nicht wie bisher in zwei, sondern in vier über das Semester verteilten Raten gezahlt werden dürfen. Die Preussische Unterrichtsverwaltung sieht diese Gebührenerhöhung als eine Notmassnahme an und hofft, möglichst bald wieder zu den niedrigeren Gebühren zurückkehren zu können.

SPD. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat im Preussischen Landtag folgende Grosse Anfrage eingebracht:

"Die Klagen über bevorzugte Behandlung der Grossgrundbesitzer in der Umschuldungsfrage sind trotz aller öffentlichen Kritik nicht verstummt. Immer wieder kommen aus bäuerlichen Kreisen Meldungen, die erkennen lassen, dass der bäuerliche Grundbesitz gegenüber dem landwirtschaftlichen Grossgrundbesitz bei der Umschuldung benachteiligt wird. Ein besonders krasser Fall beweist aufs neue, dass diese Klagen berechtigt sind. In diesem Fall wurde nicht nur die Osthilfe widerrechtlich in Anspruch genommen, sondern es ist scheinbar auch mit den Geldern der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Missbrauch getrieben worden. Ausserdem wurde auf besondere Anweisung auch die Devisenverordnung der Reichsregierung nicht beachtet. Es handelt sich um folgendes:

Der Grossgrundbesitzer von Plehwe in Dwarischken, Krs. Pillkallen/Ostpreussen, brauchte zur Ablösung einer Amerika-Anleihe von 300 000 Mark Bar-mittel. Er wandte sich zu diesem Zweck an die Landstelle in Königsberg und beanspruchte 85 000 RM zu Umschuldungszwecken. Die Landstelle Königsberg lehnte ab. Auf Eingreifen des Reichsministers Treviranus als Leiter der Osthilfe wurde die Landstelle in Königsberg angewiesen, den Kreditbetrag bereitzustellen.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte stellte für denselben Zweck ein Darlehen von 165 000 RM. zur Verfügung, trotzdem feststeht, dass in vielen Fällen Anträge von Baugenossenschaften auf Gewährung von Hypothekengeldern von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte abgelehnt worden sind.

Die Devisenbeschaffungsstelle in Königsberg versagte auf Grund der Devisenverordnung der Reichsregierung die Genehmigung zur Beschaffung der erforderlichen Valuta. Auf besondere Anweisung durch die Devisenstelle bei der Reichsbank in Berlin musste die Königsberger Stelle dennoch die Genehmigung erteilen. Der Grossgrundbesitzer von Plehwe, deutschnationaler Landtagsabgeordneter und Inhaber zahlreicher Ehrenämter der Deutschnationalen Volkspartei, ist damit durch Eingreifen seines früheren Parteifreundes, des Reichsministers Treviranus neu saniert worden.

Wir fragen: Sind von Seiten der preussischen Stellen alle Massnahmen zur Anwendung gebracht, um diese besonders in der Zeit schärfster Sparmassnahmen völlig ungerechtfertigte bevorzugte Behandlung dieses Grossgrundbesitzes zum Nachteil der bäuerlichen Betriebe, des Mittelstandes und der Baugenossenschaften zu verhindern?"

SPD. Herne, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag wurden 15 Opfer der Schlagwetter-Katastrophe in der Zeche Mont-Cenis beigesetzt. Zunächst wurden die fünf katholischen Bergleute auf dem katholischen Friedhof in Börning zu Grabe getragen. Als die Trauerfeierlichkeiten hier beendet waren, setzte sich der gewaltige Leichenzug nach dem Kommunal-Friedhof in Herne-Holthausen in Bewegung. Hier wurden 10 Arbeiter zur ewigen Ruhe gebettet.

Ausser Abordnungen der Behörden und Verbände, Vertretern der Knappenvereine und der Bergarbeiterorganisationen nahm der Stahlhelm in Stärke von 400 Mann, die SA und SS mit 250 Mann und die KPD mit 600 Mann an der Beerdigung teil.

SPD. Der Preussische Landtag, der sich am Freitag vertagt, tritt am 4. November wieder zusammen, um über das Misstrauensvotum der Deutschnationalen gegen den Landwirtschaftsminister abzustimmen.

SPD. Wien, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Aufgrund von Kreditverhandlungen, die in Paris geführt wurden, hat sich die Bank von Frankreich bereit erklärt, der österreichischen Nationalbank im Wege der Bank für Internationale Zahlungen einen Kredit von rund 60 Millionen Schilling in Devisen zur Verfügung zu stellen. Der Betrag ist zur Abdeckung dringender Schulden zur Verfügung gestellt.

SPD. Paris, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Kongress der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt hat am Donnerstag seine Arbeiten beendet.

Am Schluss der Tagung hielt Mahaim (Belgien) eine Rede über die Entwicklung der Sozialpolitik. Seit der Gründung der Vereinigung im Jahre 1900 seien ungeheure Fortschritte auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung erzielt worden, besonders nach dem Kriege sei ein grosser Sprung nach vorwärts getan worden. Die Vereinigung habe für alle diese Fortschritte den Boden und die Atmosphäre geschaffen.

Anschliessend fasste Präsident Renner die Ergebnisse des Kongresses und das bisherige Werk der Vereinigung im allgemeinen zusammen. Das Verdienst der Vereinigung sei es, zwischen die kämpfenden Parteien das Gesetz gestellt und durch Heranziehung von Vertretern der Regierungen und der Wissenschaft der Sozialpolitik ein objektives Forum geschaffen zu haben. Das zustandegebrachte Werk scheine aber jetzt durch die furchtbare Wirtschaftskrise wieder gefährdet. Dazu wolle man es nicht kommen lassen. Wenn der Arbeiter durch Senkung der Löhne und Verringerung der Sozialleistungen wieder auf sein früheres Lebensniveau herabgedrückt werde, das ihm kaum seine Lebensexistenz sichere, so würde dies den Niedergang der Kultur des Abendlandes bedeuten. Die soziale Arbeit müsse also ohne Einschränkung fortgesetzt werden, denn sie führe in eine bessere Zukunft.

SPD. Wien, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Sozialdemokratie hat dem Nationalrat am Donnerstag in Form einer dringlichen Anfrage ein Wirtschaftsprogramm vorgelegt. Sie verlangt Auskunft darüber, ob die Regierung die 40 Stundenwoche einführen, einen paritätischen Arbeitsnachweis schaffen will usw. Die Minister gaben in Beantwortung der Anfrage ausweichende und unzureichende Erklärungen ab.

SPD. Frankfurt/M., 22. Oktober (Eig. Dr.)

Am 4. Verhandlungstag des Favagprozesses wurde das Scheitern der Fusion zwischen der Favag und dem "Deutschen Lloyd" besprochen. "Aus Freude" über diese Fusion haben die Favag-Direktoren im Jahre 1926 je 10 000 Mark in Aktien als Sondervergütungen erhalten. Ein knappes halbes Jahr später sahen sie sich angesichts des Verzichts auf diese Fusion "moralisch" genötigt, die Provision zurückzugeben, d.h. ganz konnte und wollte man nicht verzichten. Die vier Direktoren "verkauften" also die Aktien für je 5 326 Mark an die Favag, ohne über diesen Geniestreich den Aufsichtsrat zu befragen.

Vors.: "Wäre es nicht aus Gründen der Reinlichkeit besser gewesen, hierüber den Aufsichtsratsvorsitzenden Hoff zu befragen?" - Angeklagter Schumacher "Mir ist dieser Gedanke nie gekommen. Ich nahm 5 326 Mark, weil die Favag das Risiko dieser Fusion los wurde."

Der Staatsanwalt macht darauf aufmerksam, dass die Freude, die bei der Fusion die Ursache der Sondervergütung war, erst nachträglich konstruiert zu

sein scheint, um die Vergütung gelegentlich der Auflösung der Fusion zu entschuldigen.

Vors.: "Mussten Sie, Herr Lindner, nicht jemand fragen, als Sie die 5*326 Mark nahmen?" - Angeklagter Lindner schweigt, zuckt mit den Achseln und sagt schliesslich: "Sie waren doch mein Eigentum!" - Vors.: "Ich kann mir nicht denken, dass Sie das nicht verstehen." - Angekl. Lindner: "Ich habe mir diese 5000 Mark nicht geben lassen, sondern sie bekommen und habe sie angenommen, weil ich das nicht für strafbar hielt."

Der Verteidiger Lindners macht darauf aufmerksam, dass angesichts des hohen Einkommens Lindners (175 000 Mark) eine Summe von 10 000 Mark nur eine Bagatelle sei. (!!)

Angeklagter Lindner: "Ich habe keinen Wert darauf gelegt. Wenn ich diese 5000 Mark nicht bekommen hätte, wäre es noch so."

Der Aufsichtsratsvorsitzende Hoff, der bereits bei seiner ersten Vernehmung eine denkbar hilflose und unglückliche Rolle spielte, hatte sowohl bei dem Abschluss als auch bei der Auflösung der Fusion zwischen Favag und Lloyd sehr nachlässig gehandelt. Auch in diesem Falle hat er alles genehmigt und unterschrieben, was ihm der allmächtige Generaldirektor Dumcke vorlegte. Ueber ganz wichtige Vorgänge ist er offenbar im Unklaren gehalten worden. So war ihm die Tatsache unbekannt geblieben, dass die "Berliner Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft" eine Art Schmerzenskind der Favag war, die der Favag jahrelang grosse Verluste gebracht hat. An die Vorgänge kann er sich nur noch sehr "schwach" erinnern. Er beziffert die Abschreibungen auf 1 Million. Muss sich aber belehren lassen, dass es sich um die doppelte Summe gehandelt hat. Aber was bedeutete schon 1 Million für die verantwortlichen Herren der Favag.....

Der Aufsichtsratsvorsitzende Hoff erklärt dann, er bedauere, dass der Direktor Becker nicht mit im Gerichtssaal sitzt; denn dieser habe nicht nur ihm sondern auch anderen gegenüber Unwahrheiten gesagt. Hoff verliest dann eine Erklärung, in der er sagt: "Ich habe einen Fehler gemacht, dass ich den Generaldirektor Dumcke für einen Ehrenmann gehalten habe. Aber er war 40 Jahre lang in der Favag tätig, 35 Jahre lang Direktor, und er hat die Favag hoch gebracht. Er fährt dann fort, dass die Favag vor dem Zusammenbruch einer der grössten Versicherungskonzerne Deutschlands gewesen sei, dass man einen Neubau hinstellte und dass Dumcke der Mann war, der alles leitete und vorwärts trieb. "All' dies machte, dass ich Vertrauen zu Dumcke hatte; nur dieses Vertrauen veranlasste mich zu den Unterschriften." Er fährt dann weiter an, dass ihm dieser Tage ein guter Bekannter sagte: "Auf Dumcke hat ganz Frankfurt geschworen." Hoff schilderte weiter, dass bei dem Begräbnis von Dumcke ein so grosser Andrang war, dass man die Friedhofshalle schliessen musste. Der 1.Staatsanwalt Dr.Meissner erklärte demgegenüber, dass es richtig sei, dass Dumcke im allgemeinen ein sehr grosses Ansehen in Frankfurt genoss und er als Versicherungsfachmann geschätzt war. Leichte Ironie klang aus den Worten des Staatsanwalts, als er hinzufügte; die Favag hat Dumcke einen Nachruf gewidmet, in dem sie seine Verdienste rühmt und erklärt, dass sie - in Dumckes Fusstapfen weitergehen wolle!

SPD. Der Preussische Landtag lehnte am Donnerstag die deutschnationalen und kommunistischen Misstrauensanträge sowohl gegen das Gesamtkabinett als auch gegen einzelne Mitglieder der Regierung ab. Ebenso verfiel ein kommunistischer Antrag auf sofortige Amtsenthebung des Berliner Polizeipräsidenten der Ablehnung.

SPD. Paris, 22. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die am Donnerstag veröffentlichte Bilanz der Bank von Frankreich verzeichnet eine weitere Zunahme des Goldbestandes um 1 Milliarde 615 Millionen Francs auf 62,1 Milliarden Francs.

SPD. Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags befasste sich am Donnerstag mit den jüngsten rednerischen Entgleisungen des Hauptaktionärs der "Germania" und preussischen Landtagsabgeordneten von Papen. Von Papen, der in Friedenszeiten Militärattaché bei der Deutschen Botschaft in Washington war, drängt seit Anbeginn seiner wenig rühmlichen parlamentarischen Laufbahn stark nach rechts. Am Donnerstag hat ihm die Zentrumsfraktion in einer heftigen Debatte wieder einmal bescheinigt, dass er im preussischen Zentrum ein Eingänger ist und die Fraktion im Gegensatz zu Herrn Papen die Politik des Reichskanzlers Brüning und die der Reichstagsfraktion des Zentrums einmütig billigt. Der einzige Gegner dieser Politik der preussischen Zentrumsfraktion ist Herr von Papen!

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Kommt Calmette?

Wichtige Anträge im Lübecker Prozess. - 96 B.C.G.=Opfer auch in Bulgarien!

SPD. Lübeck, 22. Oktober (Eig. Drahtber.)

Am neunten Verhandlungstage wurden von der Verteidigung umfangreiche Beweis-
anträge gestellt.

Für Professor Deyke beantragte R.A. Dr. Lissner-Berlin den bulgarischen
Arzt Dr. Sliwenski in Sofia kommissarisch darüber vernehmen zu lassen, dass in
Pernik (Bulgarien) Fütterungen nach Calmette bereits in der Zeit vom 21. Mai
1927 bis zum 25. März 1929 durchgeführt worden sind. Von insgesamt 254 Säuglin-
gen, die in den ersten Lebenstagen geimpft worden waren, sollen 96 gestorben
sein! Der Fall ist damals vertuscht worden; der Antrag Dr. Lissners soll nun
den Beweis darüber herbeiführen, dass die Schuld an dem Lübecker Unglück nicht
auf Verunreinigung des Impfstoffs zurückzuführen, sondern dem Calmette-Mittel
an sich zuzuschreiben ist. Die Aussage des bulgarischen Arztes soll offenbar
für die Wahrscheinlichkeit sprechen, dass sowohl in Lübeck als auch seinerzeit
in Pernik ein plötzlicher Umschlag in die Giftigkeit des Calmette-Mittels er-
folgte.

Dr. Hoffmann, der Verteidiger Dr. Altstaedts, beantragte seinerseits eine
Reihe von Zeugen aus Upsala und Posen darüber zu vernehmen, dass bei den Tuberku-
lose-Schutzimpfungen nach Calmette weder in Schweden noch in Posen Schädigun-
gen eingetreten seien, und in diesen Ländern eine ständige Nachprüfung der Kul-
turen und Emulsionen nicht für erforderlich gehalten werde. Ferner stellte
Rechtsanwalt Dr. Hoffmann den Antrag, Professor Calmette zu laden. Calmette sol-
le bekunden, dass der französische Minister Loucheur die ihm unterstellten Prä-
fekten angewiesen hat, das Calmette-Verfahren im weitesten Umfang einzuführen,
dass in Frankreich die Zahl der mit BCG immunisierten Kinder über 350 000 be-
trug und man auch in Frankreich keine ständige Nachprüfung der Kulturen und
Emulsionen für erforderlich gehalten habe.

Der Oberstaatsanwalt sprach sich gegen diese Beweisanträge aus. Rechtsan-
walt Dr. Frey schloss sich den Ausführungen des Oberstaatsanwalts an. Er führte
aus: "Ich erblicke die Fahrlässigkeit darin, dass man die komplizierte und subti-
le Technik Calmettes nicht gekannt oder wenn man sie gekannt hat, nicht ange-
wandt hat. Man versucht hier, das Gericht auf ein Nebengleis zu führen. Zu ent-
scheiden ist nur: Sind in Lübeck zur Herstellung des Mittels, das man fälsch-
licherweise als Calmette-Mittel bezeichnet, das in Wirklichkeit aber ein Dey-
ke'sches Mittel ist, die gleichen technischen Vorsichtsmaßnahmen getroffen wie
in Paris und hat Dr. Altstaedt sich davon überzeugt, ob sie getroffen wurden
oder hat er gewusst, dass sie nicht getroffen wurden?" - Das Gericht stellte die
Beschlussfassung über die Beweisanträge vorläufig zurück.

Anschliessend wurde mit Dr. Altstaedt nochmals die Frage besprochen, warum
er, nachdem ihm Professor Deyke den ersten Todesfall eines nach Calmette ge-
fütterten Kindes mitgeteilt hatte, sich nicht sofort zu Professor Deyke bege-
ben hätte. Dr. Altstaedt antwortete, er sei der Meinung gewesen, dass dieser To-
desfall nicht mit dem in Lübeck hergestellten Impfstoff zusammenhing, sondern
dass hier einer jener seltenen Fälle vorliege, in denen der BCG ausnahmsweise
im menschlichen Organismus wieder virulent geworden sei.

Staatsanwalt, Nebenkläger und Verteidiger richteten dann noch eine Reihe
von Fragen an die Angeklagten. Vor allem wurde die Schwester Anna Schütze

eingehend über die Aufbewahrung der verschiedenen Kulturen und die Herstellung der Emulsionen befragt. Ein klares Bild ergab sich nicht. Vielleicht wird manches noch durch die Besichtigung des Laboratoriums geklärt, die für die nächsten Tage geplant ist. Die Verhandlung wird am Freitag fortgesetzt.

+ + +
Sklareks "Pillen". Im Sklarek-Prozess erneuerte und verstärkte Leo Sklarek am Donnerstag seine früheren Beschuldigungen gegen den inzwischen verstorbenen KVG-Direktor Kieburg. Er behauptete, dass Kieburg ihm durch die Zeugin Seidler (die Vertraute und Wahrsagerin von Max Sklarek) Pillen ins Untersuchungsgefängnis geschickt habe, um ihn zu vergiften. Der Vorsitzende erklärte, dass es sich hier nur um Gerede handle: die Pillen, die Kieburg ins Gefängnis geschickt habe, hätten bei Leo Sklarek nur eine Herzaffektion herbeiführen und ihn haftunfähig machen sollen. Der Vorsitzende streifte abschliessend die Übereinstimmung zwischen den Aussagen der Angeklagten in verschiedenen Punkten der Anklageschrift. Er fragte Leo und Willi Sklarek, ob diese Übereinstimmung auf die bekannten "18 Punkte" zurückzuführen sei, die seinerzeit in die Gefängniszellen hineingeschmuggelt worden sein sollen. Leo und Willi Sklarek bestritten, ein solches Schriftstück jemals erhalten zu haben. Angefertigt worden ist diese Liste tatsächlich, von den jetzt im Sklarek-Prozess tätigen Anwälten soll aber niemals etwas damit zu tun haben. Dann kam ausführlich zur Sprache, dass die Sklareks ihre aus dem Vertrag mit der BAG stammenden Forderungen sämtlich sofort an die Stadtbank zediert hätten. Stadtbankdirektor Hoffmann räumte ein, dass zahlreiche dieser Forderungen bevorschusst worden, bevor von der Firma Sklarek die entsprechenden Anträge - um die er sich garnicht kümmerte - erfüllt waren; zur Vorschusszahlung habe ihm die Bestätigung Kieburgs, die sehr leicht zu haben war, genügt. Willi Sklarek erklärte, dass die Firma oft auch ohne vorherigen Auftrag und ohne Lieferschein an die BAG Ware geliefert habe, weshalb es möglich sei, dass für eine Reihe von Zessionen keine Belege vorhanden wären. Als Hoffmann hervorhob, dass die Stadtbank an dem Geschäft mit den Sklareks insgesamt 570 000 Mark an Zinsen verdient habe, fragte der Vorsitzende: "Hätten Sie, Herr Hoffmann, auch wenn Sie drei Mal so viel verdient hätten, die Geschäfte gemacht, wenn sie gewusst hätten, dass die Unterlagen anfechtbar waren?" Hoffmann: "Nein, niemals!" Vorsitzender: "Dann wollen wir frühstücken gehen"...

+ + +
Matuschka. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat der Untersuchungsrichter beim Amtsgericht Potsdam gegen den Eisenbahnattentäter Matuschka die Voruntersuchung eröffnet und Haftbefehl erlassen. Gleichzeitig ist in Wien Auslieferungsantrag gestellt worden.

+ + +
Der Krefelder Abtreibungsprozess. Auch im weiteren Verlauf des Prozesses gegen den des vielfachen Vergehens gegen § 218 angeklagten Krefelder Arzt Dr. Selo bestätigt sich, dass das Ermittlungsverfahren mit wenig vornehmen Mitteln und beträchtlicher Fahrlässigkeit geführt worden ist. So stellte sich bei der Vernehmung des Abteilungsleiters der Krefelder Allgemeinen Ortskrankenkasse, auf dessen Angaben hin das Belastungsmaterial zusammengesetzt worden war, heraus, dass dieser Zeuge gar nicht die notwendigen ärztlichen Kenntnisse über den wissenschaftlichen Begriff der verschiedenen Indikationen besitzt. Ausserdem haben viele Frauen aus begreiflicher Scham den vernehmenden Krankenkassenbeamten gegenüber falsche Angaben gemacht. Von der Anklage ist nicht mehr viel übrig geblieben, die Staatsanwaltschaft hat ihre Haltung entsprechend geändert.

Eigenartiger Scheidungsgrund. Eine merkwürdige Scheidungsklage wurde diese Tage vor einem Londoner Gerichtshof verhandelt und abgewiesen. Die Klage war eingebracht von der Frau eines bis vor kurzem unbemittelten Fabrikarbeiters, der über Nacht eine Riesenerbschaft eines entfernten Verwandten in Amerika ausgezahlt erhalten hatte. Mit dem Besitz des Vermögens hatte sich auch das Wesen des Gatten verwandelt: er war ein kühler, steifer "Gentleman" geworden, von dem sich seine Frau mehr und mehr entfremdete. Dem Gericht erklärte die Frau kurz und bündig: "Mein Mann ist mir zu reich." Das Gericht betrachtete jedoch Reichtum nicht als ausreichenden Scheidungsgrund.

+ + +
Heuschreckennot in U.S.A. Tausende von Quadratmeilen der 5 Nordweststaaten von U.S.A. werden gegenwärtig von einer Heuschreckenplage heimgesucht. Ein grosser Teil der Vegetation ist vollkommen vernichtet worden. Der Schaden geht in die Milliarden,

+ + +
Der eingeschüchterte Selbstmörder. In Wien wurde ein Selbstmordkandidat, den Liebeskummer zum Sprung in die Donau verführt hatte, dadurch eingeschüchtert, dass ein Mann am Ufer einen Revolver zog und rief: "Sofort raus aus dem Wasser oder ich schiesse!" Der verhinderte Selbstmörder schwamm ängstlich ans Ufer, umarmte den Revolverschützen, pries ihn als seinen Lebensretter und versprach ihm, den Selbstmordversuch nicht zu wiederholen.

+ + +
Ein Schongauer-Fund? Durch die sorgfältige Arbeit eines Restaurateurs wurden im Stephansdom von Breisack am Rhein aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts stammende Fresken freigelegt; man nimmt an, dass es sich um eine Arbeit des im Jahre 1491 in Breisack verstorbenen Malers Martin Schongauer handelt.

+ + +
Winterflugplan ab 1.10. Am 1. November tritt der internationale Winterflugplan in Kraft. Die wichtigsten internationalen und deutschen Fernstrecken werden wie üblich weiter beflogen. Die Linien der Lufthansa berühren 18 deutsche und 10 ausländische Grosstädte. Die im Winterflugverkehr eingesetzten Flugzeuge sind mit Heizungsvorrichtungen ausgerüstet.

+ + +
Verhaftete Rauschgiftschmuggler. In Troppau und mehreren anderen Städten der Tschechoslowakei wurden 15 Personen unter dem dringenden Verdacht des Rauschgiftschmuggels verhaftet. Insbesondere glauben die Behörden in dem polnischen Staatsangehörigen König aus Arakau einen der Führer des internationalen Kokainschmuggelrings gefasst zu haben. In der Tschechoslowakei wird das Kilogramm Kokain oder Morphin für etwa 5 000 Mark verkauft. Vor allem aber ist die Tschechoslowakei Durchgangsland für den Rauschgiftschmuggel von Deutschland nach Polen, weil der direkte Schmuggel zwischen diesen beiden Ländern infolge starker Grenzbewachung sehr erschwert ist.

+ + +
Eherechtsreform in - China. Ein chinesisches Gericht sprach ein geschichtlich denkwürdiges Urteil. Zwei chinesische Familien hatten ihre Kinder noch im Kindesalter miteinander verlobt und die üblichen Geschenke dargebracht. Als jetzt die Heirat stattfinden sollte, weigerte sich das Mädchen. Der junge Mann klagte sein Leid dem Richter und ersuchte ihn, das Mädchen zur Heirat zu zwingen. Der Kläger erhielt aber weder die Geschenke zurück, noch das Mädchen, denn der Richter entschied, dass der Verlobungsvertrag zu einer Zeit gemacht wurde, auf die die jetzigen Gesetze keine Anwendung finden können.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Keine Alarmziffern.

Der neue Arbeitsmarktbericht.

SPD. Ueber die Arbeitsmarktlage im Reich hat die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung am Donnerstag ihren neuen Bericht vorgelegt. Der Bericht besagt: die Zahl der Arbeitslosen betrug am 15. Oktober nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter 4 484 000. Sie hat seit dem letzten Stichtag am 1. Oktober um rund 129 000 zugenommen. Die Zunahme in der gleichen Zeit des Vorjahres belief sich auf rund 113 000.

In der Verteilung der Gesamtzahl der Arbeitslosen auf die verschiedenen Unterstützungseinrichtungen ist in der Berichtszeit eine wesentliche Veränderung eingetreten. Auf Grund der zweiten Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen wurde durch Beschluss des Vorstandes der Reichsanstalt die Höchstdauer des Unterstützungsbezugs in der Arbeitslosenversicherung von 26 auf 20 Wochen, für die Saisonarbeiter von 20 auf 16 Wochen gekürzt. Dieser Beschluss, der den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt während der Wintermonate sichern soll, hat die vorhergesehene erhebliche Entlastung der Arbeitslosenversicherung und Mehrbelastung der Krisenfürsorge zur Folge gehabt; die letztere hat sich möglicherweise statistisch noch nicht voll ausgewirkt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter um rund 200 000 abgenommen und belief sich am 15. Oktober auf rund 1 143 000. In der Krisenfürsorge wurde durch eine Zunahme um rund 150 000 eine Belastung von rund 1 290 000 Hauptunterstützungsempfängern erreicht.

Die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt keine wesentlichen neuen Kennzeichen. Sie bestätigt vielmehr das aus den letzten Berichten gewonnene Bild: in der Landwirtschaft und in einzelnen Verbrauchsgüterindustrien die übliche Herbstbeschäftigung, wenn auch meist in etwas verringertem Ausmass, in den meisten Produktionsgüterindustrien weitere Abschwächung des Beschäftigungsgrades. Die Hackfruchternte brachte bei günstiger Witterung vielfach eine weitere Entlastung des Arbeitsmarktes mit sich, doch liess die Vermittlungstätigkeit gegen Ende der Berichtszeit bereits nach. Im Bergbau zeigten sich schwache Besserungsansätze infolge der Abrufe für den Hausbrand; im Ruhrkohlenbezirk konnte die Zahl der Feierschichten etwas vermindert werden, doch wurden die Bergarbeiterentlassungen fortgesetzt; etwas günstiger war die Bewegung am Arbeitsmarkt in den meisten Braunkohlengebieten. Der Beschäftigungsgrad in den Hütten- und Walzwerken Westfalens und des Rheinlandes ist zurückgegangen. Die Tätigkeit im Hochbau hat eine weitere Einschränkung erfahren, auch die Innen- und Reparaturarbeiten im Baugewerbe haben verschiedentlich nachgelassen. In der Zementindustrie überwogen, ebenso wie in den Ziegeleien, die saisonmässigen Entlassungen. -

Die Situation lässt sich kurz so charakterisieren: normale Entwicklung auf erhöhtem Niveau. Der seit Monaten von der Schwerindustrie propagierte Zweckpessimismus findet jedenfalls in dem Bericht der Reichsanstalt keine Rechtfertigung. Das Unternehmertum braucht diesen Zweckpessimismus, weil er das Tarifrecht abbauen, weil es die Löhne noch mehr herunterdrücken will. Demgegenüber steht fest, dass von einem katastrophalen Absturz des Arbeitsmarktes keine Rede sein kann. Die Kreditkrise vom Juli und auch die englische Pfund-

krise haben sich keineswegs so ausgewirkt, wie so mancher nach den düsteren Schilderungen der Unternehmerorgane geglaubt hat. Die Widerstandskraft des Arbeitsmarktes blieb verhältnismässig gross. Das Entscheidende am Bericht der Reichsanstalt ist nicht die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die mit dem Beginn des Herbstes zu erwarten war, sondern die Tatsache, dass zweifellos die Inlandsverbrauchskraft dem Arbeitsmarkt bisher immer noch eine kräftige Stütze war. Ein weiterer Lohnabbau in dem von den Unternehmern geforderten Ausmass würde allerdings auch diese Stütze wegschlagen und den fehlerhaften Kreislauf einer schon viel zu lange betriebenen falschen Wirtschaftspolitik in einen rasenden Strudel verwandeln, der uns alle verschlingen muss.

Der Rahmen der Arbeitslosenversicherung hat sich verkleinert. Allein die Versicherung hat auch als Torso nach wie vor ihre Bedeutung und Aufgabe. Sicherlich gibt es Leute, die jetzt nach dem neuen Bericht der Reichsanstalt die Frage aufwerfen: Wozu noch eine Arbeitslosenversicherung, wenn sie doch nur noch einen Bruchteil der Arbeitslosen betreut? Der Ruf nach Umwandlung der gesamten Arbeitslosenunterstützung in eine Arbeitslosenfürsorge wird von neuem ertönen. Nichts wäre verhängnisvoller als solch ein Um- und Abbau jetzt mitten in diesem kritischen Winter. Die Gemeinden haben übergenug zu tun, wenn sie den ihnen übertragenen Teil der Arbeitslosenversorgung bewältigen wollen. Die Durchführung der Sachleistungsunterstützung und die Fürsorge für die jugendlichen Erwerbslosen, für die soeben der Reichsarbeitsminister seine neuen Richtlinien herausgegeben hat, schafft ihnen Arbeit in Hülle und Fülle. So, wie sich die Arbeitgeber die Dinge vorstellen, nämlich Abbau der Versicherung und restlose Ueberweisung der Arbeitslosen an die Gemeinden, geht es auf keinen Fall. So etwas wäre ein Spiel mit dem Feuer. Umgekehrt wäre es an der Zeit, die Betreuung der Wohlfahrtserwerbslosen durch die Arbeitsämter durchzuführen. Die Arbeitslosenversicherung, die jetzt nach der Senkung der Unterstützungsdauer mit ihren Finanzen in der Balance ist, darf nicht angetastet werden.

SPD. Am Freitag beginnen in Berlin die Lohnverhandlungen der Gemeindearbeiter und Strassenbahner. Die Vereinbarung vom 22. August, die den aus der Notverordnung vom 5. Juni entstandenen Lohnstreit abschloss, regelte die Löhne bis zum 31. Oktober. Die Gemeindearbeiter und die kommunalen Strassenbahner haben im Laufe des Jahres durch Arbeitszeit- und Lohnkürzung bereits beträchtliche Einkommensverschlechterungen hinnehmen müssen. In Einzelfällen ist dadurch der zu Anfang des Jahres bestehende Lohn sogar bis zu einem Drittel vermindert worden.

Die Verhandlungen dürften sich sehr schwierig gestalten; denn die Gemeindearbeiter sagen mit Recht, dass das, was ihnen bisher schon an Lohnkürzungen zugemutet wurde, das erträgliche Mass bereits überschritten hat.

SPD. Berliner Blätter brachten die Meldung, dass in allernächster Zeit eine Notverordnung geplant sei, die Aenderungen auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung bringe. Das Reichsarbeitsministerium bezeichnet diese Meldung als völlig unzutreffend. Es sei weder eine Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung, noch der Wegfall der Gebühr für den Krankenschein, noch die Beteiligung der Versicherten an den Arztkosten geplant.

Die Meldung beruht allem Anschein nach auf einem Missverständnis. Eine Verordnung über die Verlängerung der Krisenfürsorge ist zu erwarten. Sie dürfte Anfang der kommenden Woche herauskommen. Von den erwähnten angeblich geplanten Aenderungen in der Krankenversicherung ist auch dem Hauptverband nichts bekannt.

SPD. In Bayern ist das Baugewerbe infolge der nahezu völligen Einstellung der staatlichen Förderung des Baumarcktes bös heimgesucht worden. Die Bauarbeiter sind zu fast 80 Prozent ausgestellt, und nun wurde auch das gesamte kaufmännische und technische Personal gekündigt.

Werden diese Kündigungen in vollem Umfang aufrecht erhalten, so bedeutet das die Liquidierung der grossen Baufirmen und den Zusammenbruch des bayerischen Baugewerbes.

SPD. Die Partei-Verhandlungen über den Lohnabbau bei der Reichsbahn, die am Donnerstag fortgesetzt wurden, sind ergebnislos verlaufen. Die Hauptverwaltung hat den Reichsarbeitsminister bereits ersucht, ein Schlichtungsverfahren einzuleiten.

In den Verhandlungen am Donnerstag betonten die Vertreter der Gewerkschaften, dass sie unmöglich auf die Lohnabbauforderung der Verwaltung eingehen könnten. Die Not der Eisenbahnarbeiter gestatte nicht den geringsten Lohnabbau. Daraufhin erklärte der Vertreter der Hauptverwaltung, dass er unter diesen Umständen die Verhandlungen als gescheitert ansehen müsse; denn die Verwaltung sei von der Ansicht durchdrungen, dass die Betriebslage der Reichsbahn einen Lohnabbau erfordere, wobei sie nicht verkenne, dass jeder Lohnabbau die Arbeiterschaft hart treffe.

Die Reichsbahn-Hauptverwaltung kann, wenn sie will, den Erfordernissen der Notverordnung Rechnung tragen, ohne dabei die Eisenbahnarbeiter hart zu treffen. Sie kann die korrumpierenden Leistungszulagen, deren Beseitigung die Beamtenschaft selbst fordert, abschaffen. Sie kann an den Zuwendungen für den Bahnschutz und die Teno, für die Sportplätze und Turnhallen der Gelben Werksportvereine sparen, und sie kann auch die Gehälter der 280 leitenden Beamten kürzen, ohne diese Beamten hart zu treffen. Sie kann auf diese Weise rund 33 Millionen Mark einsparen und so den Erfordernissen der Notverordnung für die Reichsbahn-Gesellschaft nachkommen.

SPD. In Zwickau kam dieser Tage vor der Angestelltenkammer des Arbeitsgerichts eine Klage des Ortsausschusses des ADGB gegen den kommunistischen Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit zur Verhandlung. Der Ortsausschuss klagte im Auftrag einer Stenotypistin des Bundes, der man bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 8 bis 9 Stunden pro Tag das fürstliche Gehalt von 20 Reichsmark bezahlt hatte. Der Vertreter des Bundes bemühte sich vor Gericht die Leistung der Stenotypistin herabzusetzen. Dabei war sie über 1 Jahr beim Bund beschäftigt. Der Vertreter der Klägerin machte darauf aufmerksam, dass der Lohnsatz niedriger sei als die geringste Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung. Die vereinbarte Vergütung sei nichtig. Das Urteil lautete auf Nachzahlung von 90 Mark Lohn für die Monate Juni bis August einschliesslich. Die übliche Vergütung ist mit monatlich 50 Mark festgesetzt worden.

Damit ist also gerichtsnotorisch, dass eine kommunistische Organisation Hungerlöhne bezahlt.

SPD. Die Lohnverhandlungen für die ostsächsische Textilindustrie, die am Donnerstag in Dresden stattfanden, sind gescheitert. Voraussichtlich wird in Kürze der Schlichter eingreifen.

Wirtschaft Technik Handel

Die Textilindustrie.

Das Währungsrisiko wird auf Arbeiterschaft abgewälzt.

SPD. Die Beschäftigung in den einzelnen Branchen der Textilindustrie hat sich in den letzten Wochen keineswegs gleichmässig entwickelt. So sind jene Zweige, die vorwiegend für das Ausland arbeiten, zurück geblieben; u.a. hat die Wirkwarenindustrie Schwierigkeiten gehabt, die sich durch die englische Währungskrise erklären. Die Engländer bieten wohl Bestellungen an, aber zu den alten Pfundpreisen, was in den meisten Fällen abgelehnt wurde. Dort, wo man das Angebot der Engländer akzeptiert, bemüht man sich, die Preiseinbussen auf die Arbeiter abzuwälzen, indem man die Löhne weiter drückt.

Im übrigen wird tüchtig auf die Regierung geschimpft, die den Textilindustriellen die "Exportdevisen entzieht". So hat die Interessengemeinschaft der Sächsischen Wirkereiverbände zugleich in zwei Entschliessungen Sturm gegen die Devisenpolitik der Regierung gelaufen. Man vergisst aber nur hinzuzufügen, dass sicherlich auch viele Textilindustriellen zu jenen Exporteuren gehören, die ihre Exportdevisen systematisch nicht an die Reichsbank abliefern, sie im Ausland stehen lassen und so zur Steigerung der Kapitalflucht beitragen, die in den letzten Wochen zu beobachten war. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass gerade die sächsischen Textilindustriellen durch rege Unterstützung der rechtsradikalen Parteien den deutschen Kredit im Ausland schwächen und dadurch eine dauernde Verknappung der Devisenbestände herbeiführen.

In der Baumwollindustrie, die den grössten Zweig der deutschen Textilindustrie darstellt, hat sich sowohl in der Spinnerei als auch in der Weberei die Lage gebessert. Anregung kam wohl vom Rohstoffmarkt her. Nach Nachrichten aus Amerika ist mit einer Einschränkung der Baumwollanbaufläche zu rechnen. Diese Aussicht wirkt günstig auf die verarbeitenden Industrien zurück. So hat man in der Baumwollindustrie die Arbeitszeit heraufgesetzt, wovon allerdings nicht sämtliche Betriebe erfasst worden sind. Die Dinge liegen überhaupt hier kunterbunt durcheinander. Nach den Feststellungen des deutschen Textilarbeiterverbandes schwankt die Beschäftigungszeit zwischen 16 und 60 Stunden in der Woche.

Auch in der Wollindustrie machen sich Zeichen einer Besserung bemerkbar. Freilich prägen sich auch hier Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen aus; aber das Gesamtbild lässt die Tendenz zur Besserung erkennen. In der Wollkämmerei ist die Produktion noch stark gedrückt, während die Kammgarnspinnerei über Nacht zu Ueberstunden übergegangen ist. In einem Teil der Herren- und Damenstoffweberei setzte ebenfalls ein lebhafter Geschäftsgang ein. Das gilt aber nicht für die gesamte Branche. Vermehrter Auftragseingang ist vor allem für die Betriebe in der Niederlausitz und in Ostthüringen zu verzeichnen. Eine Aufwärtsentwicklung zeigte auch die Teppich- und Möbelstoffweberei. Die Kottbuser und Münchenbersdorfer Betriebe sind durchweg gut beschäftigt. Dasselbe gilt auch für die Betriebe in Rosswein, Hohenstein-Ernstthal und Kulmbach.

In der Seidenweberei schwankt die Arbeitszeit zwischen 24 und 52 Stunden. Während eine Anzahl Betriebe die Arbeitszeit heraufsetzte, fanden an anderen Plätzen Entlassungen statt. Eine Belebung erfuhren die Krawattenstoffwebereien. In der Kunstseidenindustrie hält der günstige Geschäftsgang an. Die Bemberg A.G. ist nach Entlassungen von etwa 300 Mann in allen Abteilungen wieder zur

Vollarbeit übergegangen. Die Arbeitszeit beträgt 46 bis 50 Stunden. Auch in der Leinenindustrie hat sich die Lage gebessert. In Landshut, dem Hauptort der Branche, ist die Arbeitszeit etwas gestiegen; jedoch sank zugleich die Beschäftigtenzahl. Bei Gruschwitz in Neusalz werden Arbeitskräfte entlassen. In der Juteindustrie, in der jeder vierte Betrieb stillgelegt ist, blieb die Lage nach wie vor ungünstig.

SPD. Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes erklären zu den in letzter Zeit vielfach erörterten Plänen über die Ansiedlung von Erwerbslosen folgendes:

Die Bestimmungen der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 über Siedlungs-wesen sowie die zahlreichen Vorschläge zur Ansiedlung von 100 000 Erwerbslosen lassen es geraten erscheinen, vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen, um späterer Enttäuschung vorzubeugen. Die finanzielle Notlage sämtlicher öffentlicher Verwaltungen und Körperschaften und die trostlose Lage von Millionen Erwerbslosen werden dazu zwingen, in erster Linie mit geringen Mitteln rasch wirkende Erleichterungen zu schaffen.

Die bisher im Vordergrund staatlicher Tätigkeit stehende landwirtschaftliche Siedlung ist nach Kräften weiter zu fördern. Sie bedingt aber erhebliche Geldmittel und fachliche Eignung der Siedler. Daher kann sie den städtischen Arbeitsmarkt nicht fühlbar entlasten. Die ländliche Siedlung hat vor allem den Zweck, die Erwerbslosen auf dem Lande durch Ueberlassung genügend grosser Siedlungsstellen zu tragbaren Bedingungen bodenständig zu machen, um der Landflucht und der damit verbundenen Ueberlastung des städtischen Arbeitsmarktes entgegenzuwirken.

Die bisherigen Pläne zur Durchführung von Stadttrandsiedlungen setzen ebenfalls beträchtliche Geldmittel voraus. Eine selbständige Existenz bieten sie jedoch dem Siedler nicht, weil bei der vorgesehenen Grösse der Siedlerstellen durch Bodenbearbeitung und Kleintierzucht nur ein geringer Beitrag zum Lebensunterhalt erarbeitet werden kann. Die Stadttrandsiedlung setzt also Weiterbeschäftigung des Siedlers in seinem Beruf oder den Bezug von Arbeitslosenunterstützung voraus.

In der augenblicklichen Notlage ist daher den Arbeitslosen Kleingartenland in weitestem Umfange zur Verfügung zu stellen. Der Kleingarten erfordert verhältnismässig geringe Anlagekosten, seine Bewirtschaftung keine Spezialkenntnisse, er bietet dem Erwerbslosen ein Betätigungsfeld und nach kurzer Zeit einen Nahrungsmittelzuschuss.

Voraussetzungen für eine erfolgsversprechende Zuteilung von Kleingärten sind vor allem: Weiterzahlung der Arbeitslosenunterstützung, weitgehende Fahrpreisvergünstigungen für das ganze Jahr, geringer Pachtpreis und langjähriger Pachtvertrag, Betreuung, Belehrung und Belieferung durch den gemeinnützigen Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands und seine Genossenschaften, Gewährung von Einrichtungsbeihilfen.

Ausserdem fordern wir eine stärkere Förderung der Kleinhaussiedlung durch Verabschiedung des Wohnheimstättengesetzes, häufigere Anwendung des Erbaurechtes, Beseitigung der erschwerenden Bestimmungen über Wohngenehmigung, um den Baumarkt zu beleben und diese Siedlungen lebensfähig zu erhalten.

Die materielle und seelische Not der Erwerbslosen erfordert unverzöglichtes Handeln. Geeigneter Boden ist rings um die Städte und selbst inmitten der Wohnblocks reichlich vorhanden. Von den Verwaltungen des Reiches und der Länder, von den Magistraten und Stadtverordnetenkollegien erwarten wir, dass unter Zurückstellung bürokratischer Bedenken schnell und umsichtig gehandelt wird.

SPD. Man macht sich immer Gedanken, wo die rechtsradikale Bewegung ihre Gelder hernimmt. Auseinandersetzungen bei der Molkereigenossenschaft Gollnow geben dafür recht interessante Fingerzeige.

Bei dieser Molkereigenossenschaft muss es seit langem nicht mit rechten Dingen zugegangen sein. Die Genossen, in der Hauptsache kleine Landwirte, beklagten sich nicht nur über zu niedrige Milchpreise, sondern auch darüber, dass mit den Ueberschüssen dieses genossenschaftlichen Betriebes Deutschnationale und Nationalsozialisten finanziert würden. Einige andere Vorkommnisse gaben schliesslich Veranlassung, eine Kommission einzusetzen, die sich mit der Geschäftsführung der Genossenschaft zu befassen hatte. Die Nachforschungen dieser Kommission ergaben, dass mit dem Genossenschaftsvermögen nicht so gewirtschaftet wurde, wie es angebracht und notwendig ist. Im besonderen wurde festgestellt, dass durch die Molkereigenossenschaft grössere Mittel an die Deutschnationale Volkspartei und an die Nationalsozialistische Arbeiterpartei gegeben worden sind, und zwar handelt es sich um laufende Zahlungen.

Dass bei einer solchen Finanzwirtschaft die Molkereigenossenschaft auf keinen grünen Zweig kommen kann, versteht sich von selbst. Aber der Fall Gollnow interessiert auch nach anderer Richtung. Man weiss, dass Reich und Länder grössere Mittel für die Rationalisierung des Molkereigenossenschaftswesens bereitgestellt haben. Wir nehmen an, dass auch die Molkereigenossenschaft Gollnow grössere Summen aus diesen Mitteln erhalten hat. Der Tatbestand wäre dann so, dass die Republik über die Molkereigenossenschaft die Feinde der Republik finanziert hat. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, dass sich die in Frage kommenden Stellen einmal um die Angelegenheit in Pommern bekümmern. Der Fall Gollnow dürfte auch nicht vereinzelt dastehen!

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut veröffentlicht eine Erhebung über den Rückgang der industriellen Produktion in Deutschland. Danach ist die Indexziffer der Produktion wichtiger Industriezweige - Preise des Jahres 1928 = 100 gesetzt - von 76,3 im April auf 68,1 im August 1931 gesunken. Die Produktion hält sich damit gegenwärtig unter dem Stand während der Krise im Jahre 1925/26. Sie entspricht etwa dem Umfang der Warenerzeugung in den Jahren 1922 und 1924. Gemessen an der Vorkriegszeit werden gegenwärtig etwa 30 Prozent weniger Waren produziert als im Jahre 1913 (ehemaliges Reichsgebiet). Die Industrieproduktion ist gegenwärtig ungefähr so gross wie um die Jahrhundertwende (1900 bis 1903).

Am schwersten betroffen sind die Produktionsgüterindustrien. Hier sank die Indexziffer von 69,6 im April auf 63,4 im August (August 1930 = 78,8). Im einzelnen ist die Erzeugung der Grosseisenindustrie scharf zurückgegangen. Aber auch im Maschinenbau und in der Nichteisenmetallwirtschaft sind erneute Rückschläge zu verzeichnen. Zudem haben die Baustoffindustrien (Zement und Kalk) den saisonmässigen Höchststand überschritten und vermindern nunmehr rasch ihr Produktionsvolumen.

Unter den Verbrauchsgüterindustrien haben zwar einige Branchen (Porzellan, Uhren, Pianos) ihre Erzeugung scharf eingeschränkt. Jedoch ist der konjunkturelle Rückgang für die ganze Gruppe weniger ausgeprägt als bei den Produktionsgüterindustrien. Die Indexziffer der Verbrauchsgüterproduktion sank von 88 im April, dem diesjährigen Saisonhöchststand, auf 67,3 im August (August 1930 = 80,9). Sie hält sich aber immer noch beträchtlich - um etwa 20 Prozent - über dem Stand, den sie in der Krise 1926 eingenommen hatte; vor allem hält sich die Textilproduktion (Mai = 87,5, August = 84,8) nahezu auf Vorjahrshöhe. Die Schuhindustrie hingegen hat ihr Produktionsvolumen gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent vermindert.

Bezeichnend für die Stärke der auf den Produktionsrückgang hinwirkenden Faktoren ist die Tatsache, dass auch die Erzeugung an Nahrungs- und Genussmit-

teln. schärfer als bisher vom Konjunkturabschwung erfasst wird. Die Indexziffer der Nahrungs- und Genussmittelerzeugung, die sich in den Jahren 1928 bis 1930 konjunkturell kaum verändert hat, sank von 102,4 im Juli 1930 auf 96,3 im Juni 1931.

SPD. Im Spritkonzern, einer der ersten Aktiengesellschaften Deutschlands kracht es. Abermals hat ein Generaldirektor, der bekannte Grossindustrielle Katzenellenbogen, die Mittel der Gesellschaft in einer bedenklichen Spekulation aufs Spiel gesetzt. Wenn es gut geht, werden Schultheiss-Patzenhofer an dieser Spekulation 20 bis 25 Millionen Mark verlieren. Wenn die Dinge böse auslaufen, kann sich die Summe verdoppeln. Auch hier hat der Aufsichtsrat von den Machenschaften des Generaldirektors nichts gewusst. Die Generaldirektur hat über den Kopf des Aufsichtsrates gehandelt.

Darüber hat es in den letzten Tagen grosse Auseinandersetzungen im Spritkonzern gegeben. Jedenfalls können sich die Aktionäre darauf gefasst machen, dass eine Rekorddividende bei Schultheiss-Patzenhofer - sie betrug in den letzten Jahren rund 15 Prozent - dieses Mal nicht gezahlt wird. Vielleicht werden sich die Aktionäre dadurch von der Notwendigkeit einer schärferen Kontrolle endlich überzeugen.

Wie sich die Dinge bei Schultheiss-Patzenhofer abgespielt haben, steht bisher nicht eindeutig fest. Jedenfalls hat der Generaldirektor Katzenellenbogen an zwei Banken, die Danat und die Commerz- und Privatbank den Auftrag gegeben, einen grösseren Posten von Schultheissaktien, 15 Millionen Mark nominal, aufzukaufen. Dabei ist unzweifelhaft daran gedacht worden, diese Aktien zu einem höheren Kurs wieder loszuschlagen. Die Schultheissaktien erreichten in der hinter uns liegenden Börsenkonjunktur mit fast 550 Prozent einen Höchststand. Dann ergriff, in den Jahren 1928 und 1929, die Kursabbröckelung auch die Schultheissaktien. Wahrscheinlich hat Katzenellenbogen, als die Abflachung der Schultheissaktien kam, den inneren Wert der Aktien höher veranschlagt. Vielleicht rechnete er auch damit, dass die Grossbanken schon zu gelegener Zeit eine neue Aktienhausse inszenieren würden, wobei auch er auf seine Kosten kommen würde. Jedenfalls hat sich Katzenellenbogen in der Kursentwicklung ganz gründlich getäuscht. Als er nun den beiden genannten Banken den Auftrag gab, Schultheissaktien aufzukaufen, muss er den Banken eine Kursgarantie gegeben haben. Daraus geht hervor, dass man bei Schultheiss nicht daran dachte, das erworbene Aktienpaket zu behalten, sondern es zu gelegener Zeit wieder zu verkaufen. Man hoffte aber vergeblich auf eine Kursbesserung. So traten die Verluste ein, die auf 35 bis 40 Millionen Mark geschätzt werden und die, selbst wenn man von dem Recht Gebrauch macht, die Aktien zu pari zu verbuchen und die zur Verfügung stehenden Reserven angreift, immerhin noch 20 bis 25 Millionen Mark betragen werden.

Auf jeden Fall unterstreichen die Ereignisse im Spritkonzern die Notwendigkeit einer verschärften Kontrolle unserer Aktiengesellschaften. Bei der Häufung derartiger Fälle müssen sich auch Kreise, die sonst nicht mit einer solchen Kontrolle sympathisieren, sagen, dass sie nicht zu umgehen ist.

SPD. Die Weltwirtschaftskrise hat das Fehlen grosser einheitlicher Absatzgebiete in Europa erwiesen. So ersticken die südosteuropäischen Staaten unter dem Druck nicht absetzbarer Getreidemengen. Andererseits sind sie zu arm, um den westeuropäischen Industriestaaten ihre Industriewaren ab zu nehmen. Das muss natürlich immer wieder zu Projekten führen, die Gebiete in Mitteleuropa zu vereinheitlichen. Daraus erhält die mitteleuropäische Idee immer

wieder neue Nahrung. Die Versuche, die die südosteuropäischen Staaten aus eigener Kraft gemacht haben, um ihre Absatzgebiete zu vergrößern und zu erweitern, sind fehlgeschlagen. Es sei hier nur an die Getreidekonferenzen erinnert, die die südeuropäischen Staaten im Laufe der Weltwirtschaftskrise veranstalteten und bei denen Positives und Praktisches kaum herausgekommen ist. Auch die Zuführung von Krediten aus Westeuropa, besonders aus Frankreich, nach Südosteuropa haben die Lage nicht gebessert. Die Staaten bezahlen sehr hohe Zinsen für diese Kredite, ohne dass die Warenausfuhr nach den kreditgebenden Ländern gesteigert werden konnte. Aufgrund dieser Erfahrungen muss natürlich der Gedanke in den Vordergrund treten, für die Vereinheitlichung der europäischen Wirtschaftsgebiete erst mal wirtschaftliche Grundlagen zu schaffen, so auf dem Gebiet des Verkehrs, der privatwirtschaftlichen und der staatlichen Verwaltung, der Handelsgepflogenheiten usw. Diesen Gedanken pflegen u.a. der Mittleuropäischen Wirtschaftstag und die Studiengesellschaft für Mittel- und Südosteuropa. Aus einer Reihe von Vorträgen, die in der Studiengesellschaft gehalten worden sind, ist nun ein Buch entstanden, das sich mit der Grossraumwirtschaft beschäftigt. ("Grossraumwirtschaft, der Weg zur europäischen Einheit", erschienen bei Organisation Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin W. 8). Das Büchlein bringt interessante Aufsätze von Wilhelm Gürge-Berlin, Grotkopp-Berlin, Blaskovicz-Temesvar, Professor Karl Brandt-Berlin, Otto von Franges-Zagreb, Professor Hantos-Budapest, Direktor Hilmer-Brünn, Dr. Holstein-Berlin, Professor Kerschagl-Wien und Dr. Siegert-Berlin.

Eingeleitet ist das Büchlein durch ein Vorwort des Reichsministers Treviranus, der den Gedanken der organischen Entwicklung in diesem Vorwort stark unterstreicht. Im letzten Augenblick, so wird betont, wollte der Reichsminister Treviranus dieses Vorwort zurückziehen. Ein Grund für eine derartige Massnahme ist aus dem Vorwort und auch aus den Aufsätzen nicht erkennbar. Allerdings weiss man, dass der schwerindustrielle Langnamverein in Düsseldorf etwas an einem Mitarbeiter, dem Professor Hantos, auszusetzen hat, der seit einiger Zeit Propaganda für eine Donauföderation, die die österreichischen "achfolgestaaten umfassen soll, macht. In seinen Aufsätzen selbst beschäftigt sich Hantos in einer Weise mit den mitteleuropäischen Problemen, die die Zustimmung aller derer finden muss, die nicht auf Gedeih und Verderb den Kurs des Langnamvereins mitmachen.

Nach Hörensagen will aber der Langnamverein ein eigenes Buch über Mitteleuropa veröffentlichen. Jedenfalls wird dieses Buch mehr "technischer" und weniger in europäischer Weise die Probleme behandeln wollen. Dadurch wird vielleicht der Wunsch des Langnamvereins hinsichtlich der Vorrede des Reichsministers Treviranus verständlich.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin: für A-Milch für die Zeit vom 23. bis 29. Oktober 14,6, für B-Milch 10,1, für tiefgekühlte Milch 15,1, für molkereimässig bearbeitete Milch 16,35 Pfg. Die A-Milchmenge ist auf 80 Prozent des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt. Richtpreis für den Kleinverkauf ab Lader oder Wagen: 26 Pfg.

Angebot weiter knapp.

(Berliner Getreidebörse vom 22. Oktober.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse blieb auch am Donnerstag das Angebot an promptem Brotgetreide sehr gering. Da die Mühlen allgemein schwach versorgt zu sein scheinen, zeigte sich trotz des wenig befriedigenden Mehlabsatzes laufende Nachfrage nach Weizen und Roggen, die aber nicht stürmisch war. Für Weizen wie für Roggen wurden um etwa $\frac{1}{2}$ bis 1 Mark höhere Preise erzielt. Am Markte der Zeitgeschäfte lauteten die Notierungen eher etwas fester. Erstmals wurden Märzlieferungen notiert, wobei sich in Anbetracht der hohen Zinssätze Aufgelder von 6 bis 8 Mark ergaben. Das Mehlgeschäft blieb weiter leblos. Weizenmehl wurde nur spärlich umgesetzt. In Roggenmehl fanden lediglich die billigeren Provinzsorten lebhaftere Nachfrage, sodass der Bedarf nicht völlig gedeckt werden konnte. Am Hafermarkt herrschte stetige Tendenz. Das Angebot war bei laufender Nachfrage des Konsums gering. Auch Gerste hatte sehr ruhigen Markt.

	<u>21. Okt.</u>	<u>22. Okt.</u>
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	212 - 215	215 - 218
Roggen	185 - 187	185 - 187
Braugerste	163 - 173	163 - 173
Futter- und Industrierogerste	154 - 162	154 - 162
Hafer	139 - 148	139 - 148
Weizenmehl	27,25 - 32,25	27,25 - 32,25
Roggenmehl	26,25 - 28,75	26,25 - 28,75
Weizenkleie	9,90 - 10,10	10,00 - 10,25
Roggenkleie	9,10 - 9,30	9,25 - 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 230 (Vortag 229 $\frac{1}{2}$)
 Dezember 233-232 (232), März 241 - 240 $\frac{1}{2}$, Roggen Oktober 197 $\frac{1}{2}$ -197 (197), Dezember 197 $\frac{1}{2}$ (197), März 203-204. Hafer Oktober 155 $\frac{1}{2}$ (154), Dezember 158 plus Brief (157), März - (164 $\frac{1}{2}$).

 Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 22. Oktober. A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische gestempelte, über 65 gr 13, über 60 gr 12, über 53 gr 11,75, über 48 gr 10,75, frische Eier über 53 gr 11, aussortierte kleine und Schmutzeier 8-9. B. Aus-
landseier: Dänen 18er 12, 17er 11,50, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 10,75, Holländer 68 gr 13,
 60-52 gr 12-12,50, 57-58 gr 9,50-9,75, Rumänen 7,50-10, Russen normale 8,25
 bis 8,50, Polen normale 7,75 - 8,25, abweichende 7,50-7,75, kleine, Mittel und
 Schmutzeier 6,50-7,50. C. In- und ausländische Kühlhauseier: Grosse 10-10,50,
 normale 7,50-8. D. Kalkeier: Grosse 8, normale 6,50-7. Die Preise verstehen
 sich in Rpf. je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändler
 ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön, Tender
 steigend.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 80.

Berlin, den 22. Oktober 1931.

Weltfriedenstag.^x

Ein Aufruf der holländischen Frauen.

SPD. Der 11. November als Waffenstillstandstag hat ausserhalb Deutschlands bereits eine Bedeutung erlangt, der nichts mehr vom Triumph der Sieger über die Besiegten, wie dies in früheren Zeiten üblich war, anhaftet. Er ist ein Tag der Wehmut und der Hoffnung zugleich geworden, der Wehmut über die etwa 11 Millionen Männer, die im blühendsten Alter dahingerafft wurden, die nach Zehnern von Millionen zählenden Waisen und Witwen, aber auch der Hoffnung, dass ein solches Morden, ein Bruderkrieg von so grossen Ausmassen niemals wiederkehren möge. "Nie wieder Krieg", so lautet die Parole einer Bewegung, die langsam weiter und weiter um sich greift und den Weltfriedensgedanken als eine überragende Idee mehr und mehr in den Mittelpunkt unsres Denkens und Fühlens zu rücken trachtet.

Soll der 11. November ein wirklicher Weltfriedenstag werden und damit eine Namen erhalten, der vielleicht bei manchen von den alten Traditionen noch nicht ganz befreiten Gemütern in den Ländern der im Kriege Unterlegenen nicht so schmerzliche Empfindungen auslöst wie das Wort "Waffenstillstandstag", so muss der Tag vollkommen entnationalisiert und entkonfessionalisiert werden. Er muss von den Menschen aller Nationen, gleichviel auf welcher Seite der blutgetränkten Schützengräben ihre unglücklichen Söhne in den Jahren des Grossen Krieges gestanden haben, und aller Glaubensbekenntnisse und Weltanschauungen gefeiert werden können. Das ist der grosse Gedanke des Internationalen Frauenbundes für Frieden und Freiheit, der aus dem 11. November durch Beseitigung der letzten Ueberreste des Waffenstillstandstages, dem immer noch etwas Militärisches anhaftet, einen würdigen Menschheitsfeiertag machen will.

Nicht darin erblickt diese Organisation eine würdige Feier dieses Tages, dass auf der weiten Place d'Etoile in Paris vor dem Arc de Triomphe, wo das Grab des unbekanntem Soldaten liegt, oder in Whitehall in London vor dem Cenotaph, wo man ebenfalls die Gebeine eines bedauernswerten Kriegsopfers zur letzten Ruhe gebettet hat, am 11. November Truppen in Paradeuniformen und Generale aufmarschieren, um einem unbekanntem Menschen zu huldigen, der vielleicht den Krieg verflucht hat. Man will vielmehr einem neuen und einzigartigen Gedanken huldigen, der mit Militär und Paraden absolut nichts mehr gemein hat. Wer nie wieder Krieg will, der muss auch die Symbole des Krieges nicht mehr wollen; er muss vielmehr den widersinnigen Kriegsheldenbegriff mit Stumpf und Stil ausrotten. Kriegshelden im Sinne der Schulgeschichtsbücher hat es niemals gegeben und wird es niemals geben. Die Führer, die sich wenigstens in der ganzen neueren Geschichte stets ängstlich hinter der Front aufhielten und ihren zweifelhaften Ruhm auf den Opfertod ihrer Mitmenschen aufbauten, waren keine Helden, so gross ihr geschichtlicher Name auch sein mag. Der Weltfriedenstag des Internationalen Frauenbundes für Frieden und Freiheit soll daher ein wahrhafter Friedenstag sein, der nur noch ein Heldentum kennt, das sich aus dem unerschrockenen Kampfe für den wahren Fortschritt der Menschheit ergibt und durch und durch unmilitärisch ist.

Darum hat die Ortsgruppe Groningen des Internationalen Frauenbundes für Frieden und Freiheit am Weltfriedenstag eine Neuerung durchgeführt, die sich so gut bewährt hat, dass sie in Holland schnell in weiteren Kreisen Anklang

fand und nun in einem Aufruf an die Friedensfreunde aller Länder, besonders auch in Deutschland, angeregt wird. Der Weltfriedenstag soll äusserlich den Charakter eines Lichtfestes tragen, das zugleich ein Kinderlichtfest sein muss um die Jugend frühzeitig an die hohe Bedeutung dieses Tages zu gewöhnen. In Groningen ist es schon seit fünf Jahren zur Sitte geworden, dass am Abend des 11. November Hunderte von Kindern mit Friedenslämpchen durch die Strassen ziehen. In Winschotten, der zweitgrössten Stadt der Provinz Groningen, aber auch in den beiden friesischen Städten Leeuwarden und Sneek wurde dieser Brauch bald übernommen. Die Lehrer beteiligen sich; eine kleine Musikkapelle marschiert voraus und spielt Friedenslieder, die von den Kindern mitgesungen werden. Viel Eltern begleiten den Zug. Friedenstauben und Friedensglocken werden von den Kindern angefertigt, und das Haus wird an diesem Tage damit geschmückt. Hier und da werden auch kleine Modelle des Friedenspalais im Haag verkauft.

Der neue Brauch der Feier des Weltfriedenstages hat bereits die holländischen Grenzen überschritten und ist in Schweden, Frankreich, der Schweiz, der Tschechoslowakei, England und selbst in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eingeführt worden. In Deutschland ist er bisher nur sehr vereinzelt bekannt. Der Aufruf der dem Internationalen Frauenbund angehörenden holländischen Frau geht nun dahin, diese Sitte in allen Ländern zum Gemeingut werden zu lassen, auch da, wo noch ein Teil der weiblichen Bevölkerung und namentlich ein sehr grosser Teil der Jugend der Kriegsromantik verfallen ist. Dieser neue Weltfriedenstag hat nicht das Aggressive des alten Waffenstillstandstages mehr, der doch in den Ländern der ehemaligen Mittelmächte nur Bitterkeit auslösen konnte. Dieser Tag fragt nicht mehr danach, wer in dem entsetzlichen Totentanz Sieger oder Besiegter gewesen ist; sein Symbol ist nicht das Prunkgrab eines armen Teufels, sondern in den schon so dunklen Novembertagen das milde Licht der Hoffnung auf eine bessere Zeit, in der der Lärm der Waffen für immer verstummt ist.

Otto Burgemeister (Amsterdam).

Die Bibliothek der Hilfe.^x

SPD. Jeder Tag erweitert heute die soziale Frage. Das Problem der Wohlfahrtspflege wächst mit jeder Stunde. In der Theorie ist die Forderung nach Hilfe einfach und eindeutig, in der Praxis und in der Ausführung aber wachsen die Pflichten und damit die verschiedenen Formen ins Uferlose. Wie hilft man praktisch?

Für alle die Fragen, die irgendwie auftauchen können, gibt es eine neutrale Zentralstelle, die auf alles eine Antwort weiss, die die gesamte Literatur besitzt, die im letzten Menschenalter über dieses vielfältige Gebiet erschienen ist, eine Stelle, an die sich sowohl die private als auch die öffentliche Wohlfahrtspflege wendet, wenn sie etwas wissen, wenn sie Vergleiche anstellen, wenn sie sich über ein ihr noch neues Gebiet orientieren will. Das ist das Berliner "Archiv für Wohlfahrtspflege", Europas grösster sozialer Fachkatalog.

Da kommt etwa eine Amerikanerin nach Deutschland und will Kinderspeisungen studieren. Sie wendet sich an ihre Botschaft: Wie kann ich das tun? - Die Botschaft schickt sie zum "Archiv für Wohlfahrtspflege". Dann wieder kommt ein Mann aus der Tschechoslowakei, um sich über Altersheime zu informieren. Er wendet sich an das Auswärtige Amt. Das Auswärtige Amt schickt ihn zum Archiv für Wohlfahrtspflege. Da kommen ganze Studienreisegesellschaften, Industrielle, die sich über Arbeiterspeisungen und Arbeitersiedlungen orientieren wollen. Wohin sie sich auch wenden: jeder schickt sie zum Archiv für Wohlfahrtspflege, denn dort weiss man über alles Bescheid. Und nicht allein den ausländischen und inländischen Studienreisenden hilft das Archiv, sondern überhaupt jedem, der sich irgendwie mit Dingen der Wohlfahrt beschäftigt.

Über sechsundzwanzigtausend Bände stehen hier. Dreizehnhundert Fachzeitschriften laufen regelmässig ein und werden katalogisiert. Aus den Parlamentsberichten des Reiches, der Länder und der Kommunen und aus den wichtigsten Tageszeitungen werden alle interessierenden Berichte ausgeschnitten und aufbewahrt. In ganz Europa gibt es keinen sozialen Fachkatalog dieser Grösse. Neben den allgemeinen und prinzipiellen Fragen und der Geschichte der Wohlfahrtspflege findet man hier Material über die verschiedensten und verschiedenartigsten Organisationen, über Armenpflege, Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, Wanderer- und Obdachlosenfürsorge, Jugendwohlfahrt, Arbeitsfürsorge und Arbeitsschutz, Berufsberatung, Erwerbslosenunterstützung und Arbeitslosenversicherung, Sozialversicherung, Wohnungswesen, Gesundheitsfürsorge, Rechtsfürsorge, soziale Ausbildungs- und Berufsfragen und alle diese Dinge. Alles, was auf diesen Gebieten jemals geschehen und geleistet, was darüber berichtet und geschrieben worden ist, findet man hier. Gleichviel, welche Frage man anschneldet: das Archiv hat im Moment alle Antworten zusammen, die es nur geben kann.

Wie wertvoll eine solche Zentralstelle ist, das beweist ihre starke Benutzung. Allein im letzten Jahre hat das "Archiv für Wohlfahrtspflege" über dreissigtausend verschiedene Anfragen beantwortet, die nicht nur aus Deutschland und dem übrigen Europa, sondern auch aus Amerika, Asien und Afrika gekommen waren. Unter den Anfragenden sind alle Kreise vertreten, besonders stark naturgemäss die Behörden. Von den Ministerien bis zu den kleinsten Ämtern und Behörden ist alles vertreten. Da will ein Reichsministerium wissen, was für Material über Fürsorge für Ausländer in Deutschland es gibt. Da kommen Beamte, die Auslandsstudien machen sollen, und lassen sich hier alle Tips geben. Da fragen Unternehmer an, wo sie Vorbilder finden für die Wohlfahrtseinrichtungen, die sie für ihre Arbeiter errichten wollen. Gewerkschaften, Verbände, Hochschulen und Wohlfahrtsschulen holen sich hier ihr notwendiges Material. Hier liegen zeitgemässe Doktorarbeiten schon fast fertig.

Unermüdlich ist hier der Betrieb. Aus aller Herren Länder bringt die Post Anfragen und Material. Unaufhörlich rasselt das Telephon, geht die Türe, schriftlich, telephonisch und mündlich wird hier Auskunft um Auskunft erteilt. Und da man hier alles ausgezeichnet und wohldurchdacht organisiert hat, so werden die meisten Fragen fast immer sofort beantwortet. Diese Räume beherbergen das grosse Gedächtnis der menschlichen Hilfsbereitschaft. Aus jedem Band, aus jedem Akt, aus jedem einzelnen Zettel liest man, was alles geschehen ist und noch geschehen muss im grossen Kampfe gegen die Not und das Elend. Es ist Deutschlands ernsteste, erschütterndste Bibliothek, denn sie zeigt, was Menschen leiden und dulden, aber es ist auch eine der schönsten, menschlichsten Bibliotheken, denn es ist die Bibliothek der Hilfe. Mario Mohr.

Ein Kind hat sich verlaufen.^x

SPD. Das Licht des Mondes liegt blass und gelb auf dem Fluss und den langen, plumpen Kähnen. Am Ufer stehen die dunklen Silhouetten der Speicher. Es ist schon spät. Ein Strassenbahnwagen fährt durch die Strasse am Fluss. Mit müden Menschen, die gleichgültig ihre Gesichter an die Scheiben pressen und teilnahmslos in die Finsternis hinausstarren oder auf die paar erleuchteten Fenster, die sich als helle Vierecke auf den dunklen Häuserwänden abzeichnen. Die einzigen Lichter in dieser langen Strasse am Fluss, in die wie dunkle Schächte die Querstrassen einmünden.

Es ist Herbst. Von den Bäumen streift der Wind die letzten Blätter. Die Strasse ist fast menschenleer. Nur ein paar Menschen gehen an den finsternen Reihen der Häuser entlang. Die Hände in den Taschen vergraben. In eine dunkle Tornische gedrückt steht ein Liebespaar. Leises Geflüster - Schweigen. Dann

wieder reste Schritte oder ein ängstliches, schnelles Trippeln, das die Strasse entlang läuft. Eine Glocke schlägt irgendwo. Immer schweigsamer werden die Strassen.

Mitten unter den Häusern liegt ein kleiner Platz. Am Tage spielen die Kinder auf ihm, und auf den Bänken sitzen dann die Alten des Stadtviertels in der letzten Herbstsonne. Jetzt liegt er leer und still da. Die Schatten der Häuser hüllen ihn in ein undurchdringliches Dunkel, und man muss schon scharf hinsehen, wenn man das Kind entdecken will, das auf einer der Bänke eingeschlafen ist.

Der kleine Sylvester war von zu Hause fortgelaufen. Am Nachmittage hatte die Sonne hell geschienen. Da hatte er Lust bekommen, immer die Strassen entlang zu gehen. In der Sonne schimmerten und funkelten die Häuser. Fast an jedem war etwas Glänzendes. Die gelben Strassenbahnwagen leuchteten und die Auslagen der Schaufenster. Sylvester lief und lief, als wollte er an einem Tage durch die ganze Stadt gehen. Hin und wieder kamen grosse Plätze, angefüllt mit Donnern, Lärm, mit Menschen, die eilig über sie hinwegschritten. Sylvester hatte dagestanden und mit grossen, blanken Augen auf die vielen fremden Gesichter gesehen. Aber niemand kümmerte sich um ihn.

Neun Jahre alt war Sylvester. Er hatte nicht gewusst, dass die Stadt so gross war. Die Strassen nahmen ja gar kein Ende. Immer wieder teilten sie sich, öffneten sich neue Häuserreihen. Man konnte an ihnen entlangsehen; sie hörten überhaupt nicht auf. - Häuser und Menschen, klingelnde Strassenbahnen, die vielen Autos: das war die grosse Stadt. Sie war ganz anders, als Sylvester sie sich zu Hause vorgestellt hatte. Viel hatte er in der kleinen Stadt von ihr erzählen hören. Nun hatten ihn die Eltern zu den Verwandten die Ferien über in die Stadt geschickt.

Er hätte nicht von zu Hause fortlaufen sollen. Er bekam Angst, aber er vergass sie wieder, als er an den Fluss kam. Da sah er kleine, grüne Dampfer mit wehenden Rauchfahnen, hinter ihnen in langer Reihe die Lastkähne mit Kohle und roten Ziegeln. Eine grosse, eiserne Brücke schwang sich über den Fluss. Auf ihr krachten die Hochbahnzüge. Sylvester konnte sich nicht losreissen von diesem Bilde. Immer wieder gab es etwas Neues zu sehen. Von dem vielen Sehen wurde Sylvester schliesslich müde und hungrig. Da fiel ihm ein, dass es ja auch Zeit wäre, nach Hause zu gehen. Es war ihm auch garnicht bange. Er brauchte ja nur den gleichen Weg zurückzulaufen, die gleichen Strassen, die er gekommen war. Plötzlich jedoch merkte er, dass jedes Haus dem andern glich, dass in allen Strassen dieselben Elektrischen fuhren, dieselben Autos - er konnte den Weg nicht mehr finden. Er lief im Kreise herum und kehrte endlich wieder an den Fluss zurück. Er wollte fragen, aber immer, wenn er so weit war, getraute er sich nicht. Er schämte sich, weil er ohne Grund fortgelaufen war. Er fürchtete sich, dass die Leute vielleicht zornig werden könnten und ihn auszanken würden denn sie hatten alle so ärgerliche Gesichter. Obendrein hatte er den Namen der Strasse vergessen, aus der er gekommen war.

An einer Ecke spielten Kinder. Sylvester blieb bei ihnen stehen und wollte mitspielen. Er warf den Ball. Sie fragten ihn, wo er wohne. Als er es ihnen nicht sagen konnte, neckten sie ihn so lange, bis er ganz böse fortlief. Nun war auch inzwischen schon die Sonne irgendwo am Horizont untergegangen. Am Horizont, den man nicht sehen konnte, denn überall wuchsen Häuser auf und sperrten den Blick. Die Dämmerung schlich durch die Strassen. Sylvester begann sich zu fürchten, vor den vielen fremden Menschen und den vielen unbekanntem Häusern.

Als die Laternen ringsum aufflammten und der Mond langsam über die Häuserdächer heraufkam, befiel das Kind eine schreckliche Angst, und Tränen flossen langsam über sein Gesicht. Immer tiefer hatte es sich in dem Kreuzundquer der Strassen verirrt, die vom Fluss auch noch Norden gingen. Die Strassen wurden schmal, die Häuser mürrisch und finstern. Die spielenden Kinder vor den Haustüren waren schon längst hinaufgerufen worden. Jetzt gab es nur noch Grosse

auf der Strasse. Sylvester ging furchtsam an ihnen vorbei. Mal blieb er an einem erleuchteten Schaufenster stehen, sah durch die Scheiben, ging dann weiter, immer weiter die Strasse entlang.

Endlich kam er auf den Spielplatz, um den ein paar dürre, entlaubte Bäumchen standen. Seine Beine konnten ihn vor Müdigkeit nicht mehr weiter tragen. Er setzte sich auf eine Bank. In der Ferne erschien plötzlich über den Häusern ein rotes Licht. Darüber stand hoch und bleich der Mond und verschwand hin und wieder in ziehenden Wolkensträhnen. Der Mond war Sylvester der einzige Bekannte in dieser grossen fremden Stadt. Sein mildes Licht war zu Hause oft in Sylvesters Schlafkammer gefallen. Doch je mehr er den Mond ansah, um so grösser wurden in ihm Heimweh und Angst. Er presste die Hände vor das Gesicht und weinte lautlos vor sich hin.

Endlich musste er eingeschlafen sein, denn er träumte - von dem Mond war plötzlich ein grosses Seil heruntergefallen. Sylvester hatte es angefasst und war hochgezogen worden. Nun stand er auf dem Monde und sah hinunter auf die Erde. Auf dem Monde war alles von Glas und Kristall, wie es im Märchenbuche stand. Das Glas spiegelte, es blendete genau so, wie wenn sich Sylvester auf dem Schulwege mit seinen Kameraden mit kleinen Taschenspiegeln neckte. Aber dann wurde das Grelle so heftig, es brannte so sehr in den Augen, dass er sie aufschlug.

Der Lichtkegel einer Taschenlampe war auf ihn gerichtet. Sylvester sah einen Tschako glänzen und stiess einen ängstlichen Schrei aus. Der Polizist vor ihm lächelte gutmütig, als er das erschreckte Kindergesicht sah. "Was willst du denn hier?" fragte er. "Ich hab' mich verlaufen", antwortete Sylvester unter Tränen. "Und da willst du die ganze Nacht hier auf der Bank sitzen bleiben? Wo wohnst du denn, Junge?" Sylvester schüttelte den Kopf. Dann fiel ihm ein, dass er Strasse und Haus vergessen hatte und nur noch den Namen seines Onkels wusste. "Na, dann musst du heute bei uns auf der Wache schlafen. Komm... Der Polizist nahm Sylvester bei der Hand. Sylvester war schlaftrunken, noch ganz benommen. Aber an der Hand des Mannes sah er, dass der Mond ganz hoch am Himmel stand und die Strassen jetzt weiss und hell waren. Er spürte, wie das Dunkle und Fremde immer mehr zurückkroch in die Ecken und Vertiefungen, wie es ihn nicht mehr angstigen konnte. Zugleich aber dachte er: ich will nie mehr allein fortgehen. - Und er bekam mit einem Male einen tiefen Respekt vor der riesengrossen Stadt, die soweit und gross war, dass sich nur die Erwachsenen in ihr zurechtfinden konnten.

Alfred Prugel.

Ehe in der Kleinstadt.^x

SPD. Herr Xaver Bolwieser, Bahnhofsvorsteher in Wumberg, hat die Passauer Brauereibesitzerstochter Hanna Neithard geheiratet, die ihm einige zehntausend Reichsmark in die Ehe mitbrachte - eine hübsche Zugabe zu einem ohnehin ganz auskömmlichen Beamtengehalt. Die Ehe der beiden Bolwiesers ist zunächst die Ehe des deutschen Durchschnittskleinbürgers: Essen, der übliche Wochenskat des Mannes, die nächtliche Gemeinsamkeit des Schlafzimmers... Hanna Bolwieser ist eine sehr hübsche Frau, die sich in diesem Gleichmass langweilt. Sie versucht, sich in den Armen eines Jugendfreundes, der mit ihrem Geld ein behäbiges Gasthaus in Werburg erworben hat, über die tödliche Langeweile ihres Ehelebens hinwegzuträsten. Aber die Kleinstadt ist hellhörig. Man munkelt allerlei, obwohl niemand etwas Bestimmtes über die "Untreue" der Frau Bahnhofsvorsteher weiss. Natürlich ist der Gasthofswirt-Freund auch der Intimus des Mannes. Man setzt sich zusammen, denn es gilt, den Klatschmäulern das Maul zu stopfen. Man stellt Strafantrag wegen übler Nachrede. Bolwiesers und der Gasthauswirt, der "Freund", obsiegen. Doch der Ehemann Bolwieser schwört einen

Meineid: er verschweigt vor Gericht die Kleinigkeit, dass er seine "Hannerl" in einer Nacht, als er Nachtdienst hatte und zufällig nach seiner Frau sehen wollte, nicht vorgefunden hat. Die Frau und der "Freund" wissen um diesen Sachverhalt. Die Lawine ist im Rollen. Frau "Hannerl" wechselt den Freund: der mährische Kleinstadt-Friseur wird der Nachfolger des Gasthauswirts; dieser wird eifersüchtig, stellt die begehrenswerte Frau, und es kommt zum Streit zwischen ihnen. Frau Hanne Bolwieser kündigt ihm das geliehene Geld. Der Gastwirt erstattet Meineidsanzeige. Herr Bahnhofsvorsteher Bolwieser muss bei solchem klarem Sachverhalt verurteilt werden. Frau Bolwieser wird nach rasch vollzogener Scheidung von ihrem Manne, der ja nun Zuchthäusler ist, die Frau des mondänen Kleinstadt-Friseurs.

Diese alltäglichen Kleinstadtschicksale gestaltet Oskar Maria Graf in seinem im Dreimasken-Verlag erschienenen Roman "Bolwieser", Roman eines Ehemanns. Es gelingt Graf mit einer überlegenen, wissenden Meisterschaft, die tragische Alltäglichkeit dieser Menschen zu einem geschlossenen Kunstwerk zu formen. Gelegentlich flicht Graf in die verhalten erzählte Geschichte Bemerkungen ein, die ein bedeutendes Verständnis der Probleme des menschlichen Miteinanderlebens zeigen. Auch die Ehe ist nur eine engere Form eines weiteren sozialen Zusammenhanges. Man lese etwa die folgenden Sätze, die das private Geschick des Bahnhofsvorstehers Bolwieser in die Objektivität gesellschaftlicher Betrachtung erheben:

"Ein wohlhabiger Bürger will nichts einbüßen von all den Annehmlichkeiten des Lebens. Er wird sogar fortgesetzt von dem Verlangen getrieben, es noch viel besser zu bekommen. Er ist völlig privat und darum weit genussüchtiger, als man gemeinlich annimmt.

Der echte Unternehmer trachtet nach der Ausdehnung seines Betriebes und nach Macht. Der Arbeiter kämpft mit seinesgleichen um erträglichere Lebensbedingungen. Der Kleinbürger will das eine nicht und hat das andere. Er strebt nach intemem Luxus. Er will die erborgte Prächtigkeit, wie man sie mitunter in veralteten Gesellschaftsfilmern zu sehen bekommt. Er liebt das Himmelbett, reiche Spitzendecken und Nippessachen. Er kauft die überladenen, geschnörkelten Möbel und alle jene eigentlich überflüssigen Dinge, welche gleich einem Fetisch auf Gemüt und Sinne wirken. Darum versteht er garnicht, dass es Leute gibt, die anders empfinden und denken als er. Spürt er nur im geringsten eine Bedrohung seiner Interessen und Passionen, so wird er ängstlich und gehässig."

Herr Bolwieser flieht, aus dem Zuchthaus entlassen, die bürgerliche Gesellschaft. Er wird in der Nähe von Werburg Fährmann und verwindet im Einklang mit dem "Auf und Ab der Elemente" eine, wie Graf es schön ausdrückt, vergängliche Lebendigkeit.

J.P.Mayer.

SPD. Wie Greta Garbo geblufft wurde.^x Greta Garbo gibt prinzipiell keine Autogramme. M.N., im Nebenberuf Nichtstuer und im Hauptberuf Autogrammjäger, fuhr kürzlich nach Hollywood, um Starautogramme zur Strecke zu bringen. Die Beute war auch eine stattliche, bis auf Greta. Er versuchte es mit Briefen; erfolglos. Pirschte sich bei Spaziergängen an Greta Garbo heran; vergeblich. Er umlauerte ihre Villa; umsonst. Greta läuft vor dem Waidmann, den sie nun schon kennt, wie vor dem Leibhaftigen davon. Eines Tages läutet der Geldbriefträger: die Steuerbehörde hat der Künstlerin zuviel vorgeschrieben (sollte man das für möglich halten?), und nun erhält sie das Geld zurück. Greta freut sich wie ein Kind; nicht etwa, weil es ihr schlecht ginge; o, nein, sondern weil es doch jeden normalen Menschen freuen muss, ausgerechnet von der Steuerbehörde etwas zu kriegen. Sie unterschreibt, gibt dem Briefträger ein schönes Trinkgeld und - - schaut völlig sprachlos zu, wie sich dieser seine Perrücke und seinen Bart abnimmt und selig auf seine Jagdbeute, die eigenhändige Namensunterschrift der Künstlerin, blickt.